



Leseprobe

Antony Beevor
**Der Spanische
Bürgerkrieg**
1936-1939

"Ein Standardwerk!" *Tages-Anzeiger*

Bestellen Sie mit einem Klick für 18,00 €



Seiten: 656

Erscheinungstermin: 18. Januar 2016

Mehr Informationen zum Buch gibt es auf

www.penguinrandomhouse.de

Inhalte

- Buch lesen
- Mehr zum Autor

Zum Buch

Der Spanische Bürgerkrieg wurde zum Trauma für das moderne Spanien und ist in der Gesellschaft bis heute spürbar. Im Kampf der Volksfront, die von großen Teilen der europäischen Intellektuellen ideell und militärisch (in internationalen Brigaden) unterstützt wurde, gegen die Nationalisten unter General Franco, hinter dem das nationalsozialistische Deutschland und das faschistische Italien standen, bekämpften sich die beiden großen Ideologien des Jahrhunderts.

Antony Beevor erzählt die Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs und seiner Folgen aus der Perspektive des 21. Jahrhunderts. Meisterhaft entwirrt er die komplexen gesamtpolitischen und die innerspanischen Ursachen des Krieges und zeigt den dramatischen Verlauf bis hin zur katastrophalen Niederlage der Republikaner 1939.



Autor

Antony Beevor

Antony Beevor, Jahrgang 1946, ist einer der renommiertesten Zeithistoriker der Gegenwart, dessen Bücher in zahlreiche Sprachen übersetzt und vielfach ausgezeichnet wurden, unter anderem mit dem Wolfson History Prize, dem Samuel-Johnson-Preis und dem Pritzker Literature Award. Für seine Verdienste wurde er 2017 zum Sir geadelt. Bei Pantheon erschienen von ihm zuletzt »Stalingrad« (2010), »D-Day« (2011), »Berlin 1945 – Das Ende«

Antony Beevor

Der Spanische
Bürgerkrieg

1936 – 1939

Aus dem Englischen
von Michael Bayer, Helmut Ettinger,
Hans Freundl, Norbert Juraschitz
und Renate Weitbrecht

Pantheon

Die Originalausgabe ist 2006 unter dem Titel *The Spanish Civil War*
bei Weidenfeld & Nicholson in London erschienen.

Der Verlag behält sich die Verwertung der urheberrechtlich
geschützten Inhalte dieses Werkes für Zwecke des Text- und
Data-Minings nach § 44b UrhG ausdrücklich vor.
Jegliche unbefugte Nutzung ist hiermit ausgeschlossen.



Penguin Random House Verlagsgruppe FSC® N001967

3. Auflage

© 2006 by Antony Beevor

© der deutschsprachigen Ausgabe 2006

by C. Bertelsmann Verlag, München,

in der Penguin Random House Verlagsgruppe GmbH

Neumarkter Str. 28, 81673 München

Umschlaggestaltung: Jorge Schmidt, München

Satz: dtp im Verlag

Druck und Bindung: CPI books GmbH, Leck

Printed in the EU

ISBN 978-3-570-55147-9

www.pantheon-verlag.de

*Für Gonzalo Pontón in tiefer Dankbarkeit
für all seine Hilfe*

Inhalt

Einführung	11
------------	----

TEIL I

Das Alte Spanien und die Zweite Republik

1. Kapitel Ihre Allerchristlichsten Majestäten	17
2. Kapitel Das Ende der Monarchie	27
3. Kapitel Die Zweite Republik	39
4. Kapitel Die Volksfront	54
5. Kapitel Das verhängnisvolle Paradox	66

TEIL 2

Der Krieg der beiden Spanien

6. Kapitel Der Aufstand der Generäle	79
7. Kapitel Wer gewinnt die Oberhand?	98
8. Kapitel Roter Terror	109
9. Kapitel Weißer Terror	118
10. Kapitel Das Territorium der Nationalisten	127
11. Kapitel Das Territorium der Republikaner	136
12. Kapitel Die Afrika-Armee und die Volksmilizen	152

TEIL 3

Die Internationalisierung des Spanischen Bürgerkriegs

13. Kapitel	Waffen und Diplomaten	171
14. Kapitel	Souveräne Staaten	184
15. Kapitel	Die Sowjetunion und die Spanische Republik	194
16. Kapitel	Die Internationalen Brigaden und die sowjetischen Berater	203
17. Kapitel	Die Schlacht um Madrid	214

TEIL 4

Der internationale Stellvertreterkrieg

18. Kapitel	Die Wandlung des Krieges	241
19. Kapitel	Die Schlachten am Jarama und von Guadalajara	266
20. Kapitel	Der Krieg im Norden	285
21. Kapitel	Der Propagandakrieg und die Intellektuellen	307

TEIL 5

Interne Spannungen

22. Kapitel	Der Kampf um die Macht	325
23. Kapitel	Der Bürgerkrieg im Bürgerkrieg	336
24. Kapitel	Die Schlacht von Brunete	349
25. Kapitel	Die belagerte Republik	365
26. Kapitel	Der Krieg in Aragón	373
27. Kapitel	Der Zusammenbruch der Nordfront und des republikanischen Idealismus	381

TEIL 6
Der Weg in die Katastrophe

28. Kapitel Die Schlacht von Teruel und Francos »siegreiches Schwert«	395
29. Kapitel Zerstörte Friedenshoffnungen	413
30. Kapitel Arriba España!	428
31. Kapitel Die Schlacht am Ebro	439
32. Kapitel Die Republik in der europäischen Krise	453
33. Kapitel Der Fall Kataloniens	466
34. Kapitel Der Untergang der Republik	482

TEIL 7
Vae Victis!

35. Kapitel Das neue Spanien und der franquistische Gulag	501
36. Kapitel Die Exilspanier und der Zweite Weltkrieg	512
37. Kapitel Der Krieg dauert an	523
38. Kapitel Verlorene Sache	530

Anhang

<i>Dank</i>	543
<i>Politische Parteien, Gruppierungen und Organisationen</i>	545
<i>Abkürzungen</i>	549
<i>Quellen</i>	551
<i>Karten</i>	553
<i>Anmerkungen</i>	567
<i>Bibliographie</i>	617
<i>Personenregister</i>	635
<i>Orts- und Sachregister</i>	647
<i>Abbildungsnachweis</i>	655

Einführung

»Ein Bürgerkrieg ist kein Krieg, sondern eine Krankheit«, schrieb Antoine de Saint-Exupéry. »Der Feind steht im eigenen Land. Man kämpft beinahe gegen sich selbst.« Spanien durchlitt nach 1936 jedoch eine Tragödie noch größeren Ausmaßes. Das Land wurde in den internationalen Bürgerkrieg verstrickt, der mit der Revolution der Bolschewisten endgültig begonnen hatte.

Die schrecklichen Ereignisse in Russland schwächten die demokratische Mitte auf dem ganzen europäischen Kontinent, weil die Polarisierung zwischen Roten und Weißen beiden politischen Extremen die Möglichkeit bot, sich selbst zu stärken, indem sie den jeweiligen Gegner in schrecklichen, geradezu apokalyptischen Farben malten. Die Propaganda beider Seiten schaukelte sich gegenseitig hoch. Stalin und Goebbels nutzten beide mit diabolischem Erfindungsreichtum diese wirkungsvolle Kombination von Furcht und Hass. Der politische Gegner, den man zum Verräter stempelte, wurde nicht mehr als Mensch oder Mitbürger gesehen. Daher ist es falsch, den Spanischen Bürgerkrieg als einen »Bruderkrieg« zu beschreiben. Die neuen Ideologien machten aus Brüdern gesichtslose Fremde, und aus Gewerkschaftern oder Ladenbesitzern wurden Klassengegner. Alle traditionellen Begriffe von Verwandtschaft und Gemeinschaft wurden blindwütig zerstört.

Der Spanische Bürgerkrieg ist häufig als ein Konflikt zwischen Links und Rechts dargestellt worden. Das ist eine irreführende Vereinfachung. Denn hier kommen zwei weitere Konfliktachsen ins Spiel: der Zentralstaat gegen regionale Selbstständigkeitsbestrebungen und ein autoritäres Regime gegen die Freiheit des Individuums. Die nationalistischen Kräfte der Rechten traten viel geschlossener auf, weil sie, von wenigen Ausnahmen abgesehen, drei Extreme in sich vereinigten: Sie waren rechts, zentralistisch und autoritär zugleich. Die Republikaner hingegen stellten ein Gemisch unvereinbarer Strömungen dar, deren Vertreter sich gegenseitig mit Misstrauen beäugten.

Zentralistischen und autoritären Kräften, darunter besonders den Kommunisten, standen Regionalisten und Libertäre gegenüber.

Die Nachklänge der Propagandaschlachten jener Zeit vor 70 Jahren bewegen uns noch heute. Dabei ist der Spanische Bürgerkrieg einer der wenigen Konflikte der Neuzeit, dessen Geschichte die Verlierer eindrucksvoller beschrieben haben als die Sieger. Das ist nicht verwunderlich, wenn man bedenkt, dass die Niederlage der Republik im Frühjahr 1939 international schlimme Vorahnungen auslöste. Sie steigerten sich nach 1945 zu heller Empörung, als die Verbrechen Nazideutschlands ans Licht kamen und General Francos besessener Rachefeldzug gegen die geschlagenen Republikaner beharrlich fortgesetzt wurde.

Die jüngeren Generationen können sich heute kaum vorstellen, wie die Verhältnisse zu jener Zeit des Konflikts zwischen totalitären Mächten wirklich waren. Die Ideale kollektiven Zusammenlebens – ob in Armeen, politischen Jugendbewegungen oder Gewerkschaften – gibt es nicht mehr. Die Leidenschaften und der Hass, die jene Epoche geprägt haben, sind Welten entfernt von dem zivilisierten Leben mit Sicherheiten und Bürgerrechten, das wir heute genießen dürfen. Spanien war damals in der Tat eine andere Welt. Das Land hat sich in wenigen Jahrzehnten vollkommen verändert. Wie es Bürgerkrieg und Franco-Diktatur hinter sich gelassen hat, kann als eine der erstaunlichsten und eindrucksvollsten Transformationen in ganz Europa gelten. Daher wäre es unklug, den schrecklichen Konflikt von vor 70 Jahren nach den liberalen Werten und Einstellungen beurteilen zu wollen, die wir heute als normal ansehen. Wir müssen in unserer Phantasie einen Sprung wagen und versuchen, die Überzeugungen und Haltungen jener Zeit zu begreifen – seien es die nationalistischen, katholischen Mythen der Rechten und ihre Furcht vor dem Bolschewismus oder die Überzeugung der Linken, dass Revolution und zwangsweise Umverteilung des Reichtums allen Menschen Glück bringen würden.

Die Leidenschaft, mit der beide Seiten für ihre Sache kämpften, erschwert den objektiven Blick auf die Dinge, besonders auf die Ursprünge jenes Krieges. Jede Seite will beweisen, dass die andere ihn begonnen hat. Zuweilen werden neutrale Faktoren übersehen. So versuchte die Republik, in wenigen Jahren soziale und politische Reformen durchzusetzen, für die andere Länder ein ganzes Jahrhundert gebraucht haben.

Die Kriegsergebnisse selbst, die Gräueltaten und die Details der nachfolgenden Unterdrückung, sind dank der enormen, gründlichen Arbeit vieler spanischer Historiker in Archiven und auf Friedhöfen heute im Grunde nicht

mehr umstritten. Viele Einzelheiten des Kriegsgeschehens, darunter das Gezänk unter den Kommandeuren im republikanischen Lager, konnten mit der Öffnung früher geheimer Aktenbestände in Russland in den letzten zehn Jahren geklärt werden. Wir kennen heute die gesamte sowjetische Politik in Spanien erheblich genauer. Trotzdem ist die Interpretation vieler Fakten auch weiterhin von persönlichen Sichtweisen beeinflusst, insbesondere die Debatte über die Kette der Kriegsursachen, die an den alten Streit um das Ei und das Huhn erinnert. Beginnt sie nun mit dem »selbstmörderischen Egoismus« der Großgrundbesitzer oder mit der »revolutionären Gymnastik«, der Rhetorik, die die Furcht vor dem Bolschewismus schürte und die Mittelschichten »in die Arme der Faschisten« trieb, wie gemäßigte Sozialistenführer warnten? Hier eine abschließende Antwort zu geben, überfordert jeden Historiker.

Mancher neigt stark zu der Meinung, der Spanische Bürgerkrieg sei unvermeidbar gewesen. Das widerspricht dem ungeschriebenen, aber wichtigen Gesetz der Geschichte, nach dem nichts unvermeidbar ist, es sei denn aus der Betrachtung im Nachhinein. Andererseits ist kaum vorstellbar, wie nach der gescheiterten Revolution der Linken vom Oktober 1934 noch ein funktionierender Kompromiss hätte gefunden werden sollen. Die Linke wurde immer militanter und strebte nach Vergeltung für die Gräueltaten der Guardia Civil und der Kolonialtruppen. Und die Rechte war nun überzeugt davon, dass sie jeden weiteren Versuch einer gewaltsamen Revolution vereiteln müsse.

Weitere, noch kompliziertere Fragen behalten ihre Bedeutung, und wenn sie uns nur dazu bewegen, die Dinge aus einem ganz anderen Blickwinkel zu betrachten. Die Ideale von Freiheit und Demokratie waren die Grundlage für die Sache der Republik im Ausland. Wir sind jedoch gehalten, die revolutionäre Wirklichkeit vor Ort, die Ohnmacht der Cortes und die Missachtung des Rechts auf beiden Seiten genauer in Augenschein zu nehmen.

Die Republikaner pochten in ihrer Propaganda während des Bürgerkrieges stets darauf, dass ihre Regierung nach der Wahl vom Februar 1936 die allein legitime war. Das trifft zu, aber man muss auch fragen: Hätte die Rechtsallianz die Wahl gewonnen, wäre sie dann von der Linken als legitim akzeptiert worden? Wohl kaum. Hatte doch der Sozialistenführer Largo Caballero unverhüllt gedroht, sollte die Rechte siegen, werde es zum offenen Bürgerkrieg kommen.

Die Nationalisten stellten die Dinge von Anfang an so dar, als hätten sie mit ihrer Revolte nur einem kommunistischen Putsch zuvorkommen wollen. Diese Behauptung wurde nur aufgestellt, um ihr Vorgehen im Nachhinein zu rechtfertigen. Aber auch die Behauptung der Linken ist unredlich, die

Nationalisten hätten gesetzestreue Demokraten ohne jeden Grund angegriffen. Hat doch die Linke häufig genug den demokratischen Prozess und die Rechtsordnung ebenso wenig respektiert wie die Rechte. Beide wollten natürlich ihr Verhalten damit begründen, dass sie zuerst handeln mussten, weil sonst ihre Gegner die Macht an sich gerissen und sie vernichtet hätten. Das beweist aber nur, dass nichts die politische Mitte so rasch zerstört wie eine Politik, die auf Einschüchterung und Drohungen setzt.

Manch einer meint, Worte könnten nicht töten. Daran kommen einem immer mehr Zweifel, wenn man die Spirale von Misstrauen und Hass genauer betrachtet, die durch verantwortungslose Äußerungen in Gang gesetzt wird. So wurde der Führer der Rechten, Calvo Sotelo, ermordet, weil er selbst mit seinen Reden in den Cortes zu provozieren suchte. Es ist der Überlegung wert, ob nicht aus Hetze zur Vernichtung des Gegners eine sich selbst erfüllende Prophezeiung werden kann. So drohte General Queipo de Llano in einer seiner berüchtigten Rundfunkreden aus Sevilla, die Nationalisten würden für jeden ihrer Toten zehn Republikaner umbringen. Am Ende sind sie diesem Ziel ziemlich nahe gekommen.

Auch Largo Caballeros Forderung sollte nicht vergessen werden. Caballero wollte eine Republik ohne den Krieg der Klassen. Dafür müsse jedoch eine politische Klasse verschwinden. Das war ein eindeutiger Nachklang zu Lenins offen erklärter Absicht, die Bourgeoisie zu beseitigen. Hätte aber ein Sieg der Linken 1937 oder 1938 eine ähnliche Welle von Hinrichtungen und Einkerkelungen nach sich gezogen, wie sie dann unter Franco folgte? Das kann niemand wissen, und man darf auch nicht einfach auf den russischen Bürgerkrieg verweisen. Aber es ist eine Frage, der man nicht ausweichen kann. Mehrere Historiker vertraten die Ansicht, in dem Teufelskreis aus Furcht und Hass müsse der Sieger in einem Bürgerkrieg stets mehr töten als der Verlierer.

Alle diese komplizierten und eng miteinander verwobenen Fragen zeigen, dass es unmöglich ist, Ursache und Wirkung mit wissenschaftlicher Präzision voneinander zu trennen. Auch im Spanischen Bürgerkrieg war die Wahrheit das erste Opfer des Krieges. Über dieses Thema ist mehr und länger gestritten und polemisiert worden als über jeden anderen Konflikt der Neuzeit, der Zweite Weltkrieg eingeschlossen. Der Historiker, der selbst nicht völlig neutral sein kann, sollte sich nicht mehr vornehmen, als zu versuchen, die Gefühle beider Seiten zu verstehen, frühere Annahmen infrage zu stellen und so die Grenzen des Wissens zu erweitern. Moralische Urteile sollten dabei möglichst dem Leser überlassen bleiben.

TEIL I

Das Alte Spanien und die Zweite Republik

I. Kapitel

Ihre Allerchristlichsten Majestäten

Auf einer unbefestigten Straße irgendwo in Andalusien oder Extremadura ist eines der ersten Automobile Spaniens liegen geblieben. Auf dem Foto umkrampft ein junger Mann noch das Lenkrad. Mit seiner großen Nase und den riesigen Ohren sieht er nicht gerade gut aus. Sein von Brillantine glänzendes Haar ist in der Mitte exakt gescheitelt, und er trägt einen Schnurrbart. Es ist König Alfonso XIII.

Mehrere Männer stemmen sich auf beiden Seiten des Wagens gegen die Kotflügel. Sie haben dunkle, sonnenverbrannte Gesichter und sind ärmlich gekleidet, ohne Schlips und Kragen. Sie strengen sich gewaltig an. Im Hintergrund schauen drei oder vier Gestalten in Hut und Anzug der Szene zu. Ein Reiter, vielleicht ein Grundbesitzer aus der Gegend, hat gerade sein Pferd angehalten. Rechts steht ein Landauer mit zwei Pferden und einem livrierten Kutscher bereit, den Monarchen aufzunehmen, sollte der Motor des Autos nicht wieder anspringen. Die Bildunterschrift lautet, der innigste Wunsch des Königs sei der »direkte Kontakt zu seinem Volke«. Wie tief die sozialen und wirtschaftlichen Gegensätze Anfang des 20. Jahrhunderts in Spanien waren, kann kaum augenfälliger demonstriert werden. Zeigt das Foto doch vor allem, dass der König den Bauern so fremd gewesen sein muss, als ob er von einem anderen Stern gekommen wäre.

In Spanien, das traditionell streng aus Madrid regiert wurde, rumorte es damals überall – sowohl auf dem Lande als auch in den großen Städten. Niemand kann also behaupten, der Spanische Bürgerkrieg habe erst mit der Erhebung der »nationalistischen« Generäle gegen die republikanische Regierung im Juli 1936 angefangen. Diese war nur der Kulminationspunkt eines Konflikts, der die gesamte Geschichte Spaniens durchzieht. Zwar stießen dort eindeutig Klasseninteressen aufeinander, aber zwei weitere Antagonismen waren von ebenso großer Bedeutung – der zwischen autoritärer Herrschaft und Freiheitsstreben sowie zwischen Zentralregierung und dem Selbstständigkeitsdrang der Regionen.

Die Entstehung dieser drei Konfliktlinien ist in der Art und Weise begründet, wie die *Reconquista*, die Rückeroberung Spaniens von den Mauren, die Sozialstruktur des Landes geformt und das Denken der kastilischen Eroberer geprägt hat. Der Krieg gegen die Mauren, der mit vielen Unterbrechungen tobte, wurde von Kriegsherren der Westgoten im 8. Jahrhundert begonnen und endete 1492 mit dem triumphalen Einzug Isabellas von Kastilien und ihres Gatten, Ferdinand von Aragón, in Granada. Für die spanischen Traditionalisten ist dies der Höhepunkt eines langen Kreuzzuges und der Beginn der Zivilisierung des Landes. Von dieser Idee war das Bündnis der Nationalisten von 1936 durchdrungen, die sich ständig auf Isabella und Ferdinand, die glorreichen katholischen Monarchen, beriefen und ihren eigenen Kampf hochtrabend als zweite *Reconquista* bezeichneten, in der Liberale, »Rote« und Separatisten die Rolle der Heiden der Neuzeit spielten.

Mithilfe einer Feudalarmee, die Grundlage der Staatsmacht war, ergriffen die Monarchie und der Kriegsadel in den Schlachten gegen die Mauren wieder Besitz von dem Land. Um die *Reconquista* fortzusetzen, brauchte der Adel vor allem Geld und weniger Lebensmittel. Das marktfähige Produkt, das viel Geld bringen konnte, war die Wolle der Merinoschafe. Gemeindefland wurde beschlagnahmt und für Schafweiden genutzt, was nicht nur katastrophale Auswirkungen auf die Ernährung der Bauern hatte, sondern auch Bodenerosion verursachte und eine Landschaft zerstörte, die einst die Kornkammer des Römischen Reiches gewesen war. Für die Schafzucht wurden nur wenige Menschen gebraucht, sodass die einzige Alternative für jene, die nicht verhungern wollten, der Eintritt in die Armee und später der Einsatz für das Weltreich war. Die Bevölkerung Spaniens, die im Mittelalter 14 Millionen betragen hatte, war Ende des 18. Jahrhunderts auf kaum mehr als sieben Millionen geschrumpft.

Die autoritäre Herrschaft Kastiliens wandelte sich von einem Regime des Adels und des Militärs zur politischen Kontrolle durch die Kirche. Während der *Reconquista*, die mit Höhen und Tiefen über 700 Jahre andauerte, hatte die Rolle der Kirche vor allem darin bestanden, das Handeln des Militärs propagandistisch zu stützen und zuweilen selbst in die Kämpfe einzugreifen. Unter Isabellas Herrschaft wurde der Erzbischof als Kriegsherr vom Kardinal als Staatsmann abgelöst. Dabei blieb vor allem während der raschen Ausbreitung des spanischen Weltreichs die enge Verbindung von Kirche und Militär bestehen. Das Kreuzifix schwebte über der halben Welt als der Schatten des Schwerts. Die Gebiete, die das Militär eroberte, wurden danach von der Kirche in den kastilischen Staat eingegliedert.

Die Kirche übte uneingeschränkte Macht über das Volk aus, denn sie konnte mit der Hölle drohen, von der die Inquisition bereits auf Erden einen Vorgeschmack vermittelte. Ein einziger Denunziant, die anonyme Anzeige eines Neiders, genügte dem Heiligen Offizium. Die öffentlichen Geständnisse, die man den Delinquenten vor dem *Autodafé*, der Ketzerverbrennung, abpresste, ließen ahnen, welche Untaten totalitäre Staaten der Neuzeit begehen sollten. Darüber hinaus kontrollierte die Kirche das Bildungswesen und hielt die gesamte Bevölkerung in einer Art geistiger Schutzhaft, denn sie ließ alle Bücher verbrennen, die religiöse oder politische Ketzerei einschleppen konnten. Es war die Kirche, die Leidensfähigkeit oder Todesverachtung als hohe kastilische Eigenschaften pries. Sie verbreitete die Vorstellung, ein hungriger Caballero sei allemal besser als ein übersättigter Händler.

Dieser katholisch-puritanische Geist hat in Spanien seinen Ursprung bei Kardinal Ximénez de Cisneros, dem asketischen Bettelmönch, den Isabella zum mächtigsten Staatsmann seiner Zeit erhob. Er vollzog im Grunde eine kircheninterne Reformation. Diese lehnte das Papsttum wegen seiner Verderbtheit ab. Spanien hatte die Mission, Europa vor der Ketzerei und den Katholizismus vor seinen eigenen Schwächen zu bewahren. So setzte der Klerus in die Tat um, was er predigte – von Vergebung und Nächstenliebe einmal abgesehen –, und traf Entscheidungen in Eigentumsfragen, die fast so subversiv waren wie die Lehren des Urchristentums. Dessen ungeachtet lieferte die Kirche die geistliche Rechtfertigung für die Sozialstruktur Kastiliens und war die autoritärste Kraft bei deren Verfestigung.

Die dritte Konfliktlinie – Zentralismus gegen Regionalismus – entwickelte sich ebenfalls im 15. und 16. Jahrhundert. Die erste große Erhebung gegen die vereinigten Königreiche enthielt ein deutlich regionalistisches Element. Der Aufstand der *comuneros* im Jahre 1520 gegen Isabellas Enkel, den deutschstämmigen Kaiser Karl V., brach nicht nur deswegen aus, weil dieser das Land als zu melkende Kuh für sein Weltreich benutzte und seine flämischen Höflinge es so arrogant behandelten, sondern auch weil er althergebrachte Rechte und Sitten grob missachtete. Die meisten Landesteile waren dem Königreich Kastilien durch Heirat angeschlossen worden, und die spanischen Habsburger überließen es der Kirche, als die bindende Kraft des Reiches zu wirken.

Die drei entscheidenden Attribute des kastilischen Staates – Feudalismus, Autoritarismus und Zentralismus – waren eng miteinander verwoben. Das zeigte sich besonders im Verhältnis zu den Regionen. Kastilien hatte die Zentralgewalt in Spanien errichtet und das Weltreich geschaffen, aber sein

Verwaltungsapparat verweigerte sich hartnäckig der Einsicht, dass feudale Wirtschaftsbeziehungen immer mehr der Vergangenheit angehörten. Die Kriege in Nordeuropa, die Schlachten gegen die Franzosen in Italien und die Zerschlagung der spanischen Armada zeigten, dass die Macht des Reiches, das in der Zeit von nicht einmal zwei Generationen entstanden war, bereits wieder zu schwinden begann. Kastilien trug den unbändigen Stolz eines verarmten Adligen zur Schau, der den Verfall seines riesigen Palastes ignoriert und seiner glorreichen Jugendzeit nachtrauert. Da die Herrscher Kastiliens nur sahen, was sie sehen wollten, entfernten sie sich mehr und mehr von der Realität. Sie verschlossen die Augen davor, dass die Schätze aus Südamerika, die in den Kirchen lagerten, niemanden ernährten, dass die großen Bestände nutzlosen Edelmetalls die wirtschaftliche Infrastruktur des Landes untergruben.

Katalonien, das im Mittelalter Teil des Königreichs Aragón geworden war, unterschied sich stark von der übrigen Halbinsel. Daraus mussten sich Reibungen zwischen Madrid und Barcelona ergeben. Die Katalanen hatten im Mittelmeer beträchtliche Macht ausgeübt. Ihr Reich hatte sich über die Balearen, Korsika, Sardinien und Sizilien bis hin zum Herzogtum Athen erstreckt. Da es aber die Kastilierin Isabella gewesen war, die Kolumbus finanzierte, und nicht Ferdinand von Aragón, wurde ihnen der Zugang zum Handel mit Amerika verwehrt.

Im Jahre 1640 erhoben sich Katalonien und Portugal gegen Philipp IV. von Spanien und dessen Minister, den Herzog von Olivares. Portugal errang die Unabhängigkeit, während Katalonien zunächst Ludwig XIII. von Frankreich als König anerkannte, bis Philipp IV. das Land 1652 nach Spanien zurückholte. Nach dem Tod des letzten spanischen Habsburgers im Jahre 1700 begann der Spanische Erbfolgekrieg, in dem Katalonien an der Seite Englands gegen Philipp von Anjou, den Enkel Ludwigs XIV., kämpfte. Aber die Katalanen wurden von den Engländern im Vertrag von Utrecht verraten. Der Bourbonne Philipp V. verkleinerte das Land im Jahre 1714 und hob seine Sonderrechte auf. Er ließ Schloss Montjuïc errichten, das Barcelona dominieren und die Katalanen für immer daran erinnern sollte, dass sie von Madrid regiert wurden. Das war Philipps erster Schritt, die Idee seines Großvaters, des Sonnenkönigs, vom Zentralstaat durchzusetzen. Da der Einfluss der Kirche nachließ, wurde eine andere bindende Kraft gebraucht, um die nichtkastilischen Länder unter Kontrolle zu halten. Dazu der baskische Philosoph Unamuno aus dem 20. Jahrhundert, der nicht als Separatist bezeichnet werden kann: »Das Ziel war Einheit und nichts anderes, eine Ein-

heit, die alles Individuelle und Verschiedene ersticken sollte. ... Es war das Dogma von der Unfehlbarkeit des Herrschers.« Auf diese Weise konnte das Problem jedoch nicht gelöst werden, es wurde nur in die Zukunft verlagert.

Spaniens Handel blieb im 17. und 18. Jahrhundert mehr und mehr zurück. Das lag vor allem daran, dass der spanische Katholizismus an einer antikapitalistischen Linie festhielt, die sich nach wie vor auf die mittelalterliche Lehre vom Wucher [das Verbot, Geld gegen Zins zu verleihen; A. d. Ü.] stützte. Der Ehrenkodex des spanischen Adligen, des *Hidalgo*, zwang diesen, Geld und Geldverdien gen generell zu verachten. Bei der Volkszählung von 1788 stellte sich heraus, dass fast 50 Prozent der erwachsenen Männer keinerlei produktiver Arbeit nachgingen. Armee, Kirche und vor allem die zahllosen Adligen lagen als schwere Last auf der Bevölkerung. Möglicherweise ist diese Tatsache der Ursprung des Sprichworts: »Die eine Hälfte Spaniens isst und arbeitet nicht, während die andere Hälfte arbeitet, aber nichts zu essen hat.«

Als Reaktion auf die wirtschaftliche Rückständigkeit und die verkrustete Ordnung sollte Spanien lange vor anderen europäischen Ländern eine Revolution der Mittelschichten erleben. Nur einmal, während der Regierungszeit von Karl III. Mitte des 18. Jahrhunderts, als die Aufklärung an Einfluss gewann, wurden die Ketten ein wenig gelockert. Reformen hatten eine wesentliche Schwächung des Einflusses der Kirche auf das Militär zur Folge, und viele Offiziere wandten sich der Freimaurerei zu. Diese antiklerikale und zugleich politische Bewegung war eng mit der Ausbreitung des Liberalismus in Spaniens gebildeter Mittelschicht verbunden. Anfang des 19. Jahrhunderts trat dieser Liberalismus im Ergebnis des Unabhängigkeitskrieges gegen Napoleons Armeen als politische Kraft deutlicher in Erscheinung. Der schwächliche Karl IV. wurde wegen der Korruption und der Skandale seines Favoriten, Manuel de Godoy, und des Vorrückens der französischen Armee von einem Volksaufstand hinweggefegt. Napoleon lehnte es ab, dessen Erben, Ferdinand VII., anzuerkennen. Der größte Teil des spanischen Adels lief auf die Seite der Besatzungsmacht über. Erst die Hinrichtungen, die Murat in Madrid anordnete, lösten die spontane Volkserhebung vom 2. Mai 1808 aus, bei der die Mameluckenreiter des französischen Kaisers mit Messern angegriffen wurden. »Napoleons Schande«, wie der Aufstand genannt wurde, führte zum ersten großen Guerillakrieg der Neuzeit. Bei der Verteidigung von Saragossa ließen 6000 Spanier ihr Leben. Der erbitterte Widerstand wurde von einer Volksbewegung gestützt, wenn auch einzelne

liberale Offiziere in lokalen Juntas zur Verteidigung des Vaterlandes eine wichtige Rolle spielten.

Die traditionelle Herrschaftsstruktur des Alten Spanien wurde zum ersten Mal offiziell infrage gestellt, als die zentrale Junta zur Verteidigung des Vaterlandes im Jahre 1812 die Verfassung von Cádiz verkündete, die auf den liberalen Prinzipien der Mittelschichten beruhte. Die Gelegenheit, die starren Vorschriften von Monarchie und Kirche loszuwerden, veranlassten viele Städte und Provinzen, sich zu selbst verwalteten Kantonen innerhalb einer spanischen Föderation zu erklären. Diese Neuerungen waren allerdings nicht von langer Dauer. Zwar gestattete man Ferdinand VII. die Rückkehr nach Spanien nur unter der Bedingung, dass er die Verfassung akzeptierte, aber er wurde wortbrüchig und rief die Heilige Allianz zu Hilfe. Der französische König Ludwig XVIII. schickte daraufhin im Jahre 1823 eine Armee, die »die hunderttausend Söhne des St. Ludwig« genannt wurde, um den Liberalismus in Spanien zu vernichten. Ferdinand ließ die Armee der Liberalen entwaffnen und führte die Inquisition wieder ein, um die »verheerende Manie des Denkens« auszurotten.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts litt Spanien unter der Auseinandersetzung zwischen Liberalismus und Traditionalismus. Nach Ferdinands Tod im Jahre 1833 bestieg die junge Königin Isabella II. als seine Erbin den Thron. Die liberal geprägte Armee unterstützte die Thronfolgerin (und stellte später die meisten ihrer Liebhaber). Aber die traditionsbewussten Kräfte scharten sich um Ferdinands Bruder Don Carlos (daher ihr Name Karlisten), der ebenfalls den Thron beanspruchte. Die Karlisten stützten sich vor allem auf die Kleinbauern der Pyrenäen, vorwiegend in der Provinz Navarra. Sie waren für ihren religiösen Fanatismus und ihre heftige Ablehnung alles Modernen bekannt. Im ersten Karlistenkrieg von 1833 bis 1840 kämpfte eine britische Legion von etwa 10 000 Mann unter Offizieren der regulären Armee auf der Seite der Liberalen. Auch über 100 Jahre danach zog der Bürgerkrieg ausländische Freiwillige an, allerdings hatte sich die Sicht der britischen Regierungskreise auf derart idealistische Abenteuer inzwischen grundlegend verändert. Die Bewunderung für die byronsche Tradition, Erhebungen im Ausland zu unterstützen, schwand 1918, als die sozialistische Revolution ausbrach und die wahren Schrecken des Krieges voll sichtbar wurden.

Der freigeistige Liberalismus hatte am Beginn des neuen Jahrhunderts das spanische Offizierskorps durchdrungen, das nun zunehmend aus den Mittelschichten kam, doch nun schwächte er sich ab. Die Liberalen konn-

ten den Verkauf von Kirchenland nutzen und wurden zu einer reaktionären Großbourgeoisie. Die Regierungen in Madrid waren korrupt, und die Generäle fanden Geschmack daran, sie zu stürzen. Das war das Zeitalter der *pronunciamentos*, der Militärputsche, in dem Generäle Truppen zusammenzogen und vor ihnen lange Reden hielten, in denen sie sich selbst zu Rettern des Vaterlandes und Diktatoren ausriefen. Von 1814 bis 1874 fanden 37 derartige Umsturzversuche statt, von denen zwölf erfolgreich waren.¹ Das Land siechte dahin und verarmte, während Königin Isabella mit ihren Gardeoffizieren »exerzierte«. 1868 wurde sie schließlich gestürzt, als sie sich einen Geliebten nahm, der nicht die Billigung der Armee hatte. Zwei Jahre später wurde der Italiener Amadeo von Savoyen zu ihrem Nachfolger gewählt, aber sein guter Wille reichte nicht aus, um eine Bevölkerung zu gewinnen, die inzwischen die Monarchie gründlich satt hatte. Als er im Februar 1873 abdankte, führte das Parlament per Abstimmung die Republik ein.

Die Erste Republik wurde durch das Eingreifen des Militärs bald wieder entmachtet. Ihr föderalistisches Programm hatte die Abschaffung der Wehrpflicht beinhaltet, eine sehr populäre Maßnahme. Aber bereits wenige Wochen nach der ersten Wahl wuchsen sich sporadische Revolten der Karlisten rasch zu einem Bürgerkrieg aus, und die Regierung war gezwungen, ihr Versprechen zurückzunehmen. Die besten Truppen des karlistischen Herausforderers waren die streng katholischen Basken, die vor allem das separatistische Ziel verfolgten, nicht mehr von Madrid regiert zu werden. Die spanischen Monarchen waren nur die Lehnsherren der baskischen Provinzen, die niemals der zentralen Herrschaft in der Weise unterstellt gewesen waren wie die anderen Teile der Iberischen Halbinsel.

Die Generäle sahen die Hauptrolle der Armee darin, die Einheit Spaniens zu schützen, besonders nachdem die südamerikanischen Provinzen verloren gegangen waren. Als kastilische Zentralisten schreckte sie die Aussicht, separatistisch gestimmte Basken und Katalanen könnten die Pyrenäengrenze kontrollieren. Außerdem waren sie heftige Gegner des Föderalismus. Als an mehreren Orten selbstverwaltete Kantone ausgerufen wurden, schlugen sie diese Bewegungen gegen die Herrschaft Madrids ebenso nieder wie die der Karlisten und der Basken. Die Erste Republik bestand nur wenige Monate.

Ein konservativer Politiker, Cánovas del Castillo, hatte seit dem Sturz Isabellas die Wiedereinsetzung der Bourbonen geplant. Er wollte eine stabile Regierung schaffen und die Armee in die Kasernen zurückschicken. Das war erreicht, als General Martínez Campos Ende 1874 Alfonso XII. inthronisierte. Alfonso war Isabellas Sohn (und daher gewiss von gutem militäri-

schem Schlag), aber er wurde gerade erst als Kadett in Sandhurst ausgebildet.

Nach Cánovas Verfassung, die ein halbes Jahrhundert gelten sollte, gewannen Kirche und Großgrundbesitzer wieder an Macht. Sie waren fest entschlossen, ihre Macht nicht aus den Händen zu geben, weshalb Wahlen schamlos manipuliert wurden. Bauern und Pächter hatten zu stimmen, wie ihr Herr es befahl, oder sie mussten mit Vertreibung rechnen. Der Wahlkampf bestand darin, dass die politisch starken Männer der jeweiligen Region bewaffnete Banden, genannt *El Partido de la Porra* (Die Partei des Knüppels) aussandten, um für sie zu werben. Wenn das nicht funktionierte, wurden Stimmzettel kurzerhand vernichtet oder ausgetauscht. Die politische und wirtschaftliche Korruption, die von Madrid ausging, blühte wie nie zuvor. Die Justiz war bestechlich bis zur Dorfebene, sodass kein armer Mann je Gelegenheit hatte, eine Klage vorzubringen oder gar Recht zu erhalten.

Zwar kam es in den Provinzen häufig zu heftigen Rivalitäten zwischen Liberalen und Konservativen, aber ihre Führer in der Hauptstadt hatten im Grunde einen Pakt zur gegenseitigen Unterstützung geschlossen. Wenn es unpopuläre Maßnahmen durchzusetzen galt, zogen sich die Konservativen in der Regel zurück, und die Liberalen, die von ihren Gegnern kaum noch zu unterscheiden waren, kamen ans Ruder. Die beiden Parteien erinnerten an die Holzfiguren im Wetterhäuschen. Jeder ehrliche Mann, der die Korruption anprangerte, wurde, wie hoch sein Stand auch sein mochte, als Verräter in Acht und Bann getan. Die Dreieinigkeit von Armee, Monarchie und Kirche, die einst das Reich geschaffen hatte, sollte auch die Schuld an seinem endgültigen Zusammenbruch tragen. 1898 wurden die spanischen Streitkräfte im Krieg gegen die USA vernichtend geschlagen. Kuba, die Philippinen und Puerto Rico gingen verloren. Zuvor hatten die spanischen Offiziere Verpflegung und Ausrüstung ihrer Soldaten auf eigene Rechnung verkauft.

Aber selbst der schmachliche Untergang der Vision von der *Reconquista* 1898 auf Kuba vermochte die Herrscher Spaniens nicht wachzurütteln. In ihrer blinden Selbstgefälligkeit konnten sie nicht zugeben, dass ihr Weltmachtstreben das Land ruiniert hatte. Damit hätten sie die Stellung von Adel, Kirche und Militär noch mehr untergraben. Sie weigerten sich weiter, der Wahrheit ins Auge zu schauen, auch als neue politische Kräfte heranwachsen, die sich – anders als die Liberalen Anfang des 19. Jahrhunderts – nicht mehr in die bestehenden Herrschaftsstrukturen integrieren ließen.

Die Unvereinbarkeit des »Ewigen Spanien« mit diesen neuen politischen Bewegungen führte schließlich zu der Kollision, die das Land zerreißen sollte.

Alfonso XIII., der Chauffeur des liegen gebliebenen Autos, bestieg 1902 im Alter von 16 Jahren den Thron. Anfang des 20. Jahrhunderts war die Armut im Lande so groß, dass über eine halbe Million Spanier bei einer Bevölkerung von 18,5 Millionen allein im ersten Jahrzehnt des Jahrhunderts in die Neue Welt auswanderten. Die durchschnittliche Lebenserwartung betrug 35 Jahre und war damit seit der Zeit von Ferdinand und Isabella nicht gestiegen. 64 Prozent der Bevölkerung waren Analphabeten, wobei die konkrete Rate in den einzelnen Regionen schwankte. Zwei Drittel der arbeitsfähigen Bevölkerung waren immer noch in der Landwirtschaft beschäftigt. Dort ging es nicht nur um das Eigentum an Grund und Boden, um Spannungen zwischen Großgrundbesitzern und landlosen Bauern. Unter den fünf Millionen Bauern und Landarbeitern gab es von Region zu Region große Unterschiede in Lebensstandard und technischem Niveau. In Andalusien, der Extremadura und La Mancha wurde noch eine primitive, arbeitsaufwändige und wenig effiziente Landwirtschaft betrieben. In Galicien, León, Altkastilien, Katalonien und dem Norden dagegen bearbeiteten Kleinbauern in hart erkämpfter Selbstständigkeit eigenen Grund und Boden, während die reiche Küstenebene der Levante damals das beste Beispiel für intensive Bodennutzung in ganz Europa bot.²

Industrie und Bergbau stellten nur 18 Prozent der Arbeitsplätze, wenig mehr als Hausarbeit und andere Dienstleistungen.³ Spaniens wichtigste Exportgüter waren Agrarprodukte, die vor allem aus der fruchtbaren Küstenregion um Valencia kamen, dazu eine geringe Menge Bergbauerzeugnisse. Als die letzten Reste des Reiches zusammenbrachen, strömte viel Geld nach Spanien zurück. Dieses und Investitionen aus europäischen Staaten, besonders aus Frankreich, lösten einen Bankenboom aus, in dessen Verlauf etliche der großen Banken des modernen Spanien gegründet wurden.⁴ Die Regierung subventionierte die Entwicklung der Industrie, und besonders in Katalonien entstanden riesige Vermögen.

Im Ersten Weltkrieg blieb Spanien neutral. Seine Exporte von landwirtschaftlichen Produkten und Rohstoffen sowie die rasch wachsende Industrieproduktion lösten in dieser Zeit eine Art Wirtschaftswunder aus, das Tausende neuer Firmen hervorbrachte. Der neue Wohlstand ließ auch die Geburtenrate steil ansteigen, was 20 Jahre später, Mitte der dreißiger Jahre,

seine volle Wirkung zeigen sollte. Spaniens Zahlungsbilanz war so günstig, dass seine Goldreserven stark anschwellen.⁵ Aber mit dem Ende des Krieges war auch das Wirtschaftswunder vorbei. Die Regierungen jener Zeit flüchteten sich in den Protektionismus. Der Wirtschaftsboom hatte große Erwartungen geweckt. Umso stärker waren Enttäuschung und Wut, als sich bald große Arbeitslosigkeit ausbreitete.

2. Kapitel

Das Ende der Monarchie

Der erste Versuch, in Spanien eine Art Gewerkschaft zu organisieren, wurde bereits um 1830 unternommen. Um die Mitte des Jahrhunderts bestanden kleine unpolitische Vereine dieser Art. Dann kamen über die Pyrenäen neue politische Ideen ins Land und begannen Wurzeln zu schlagen. Die ersten waren anarchistische oder libertäre Vorstellungen vom Sozialismus. Ihre grundsätzliche Differenz mit dem marxistischen Sozialismus sollte in Spanien schwere Folgen haben. Proudhon war vom Präsidenten der Ersten Republik, Pi y Margall, bereits ins Spanische übersetzt worden, als 1868 Giuseppe Fanelli im Lande eintraf. Er war ein Bewunderer von Bakunin, Marx' großem Gegenspieler in der Ersten Internationalen. Als er nach Madrid kam, sprach er kein Wort Spanisch und hatte keine Peseta in der Tasche. Aber die »Idee«, wie sie bald genannt wurde, fand begeisterte Zuhörer. Vier Jahre später gab es im Lande bereits 50 000 Bakunisten, die meisten in Andalusien.

Mehrere Gründe sprechen dafür, dass der Anarchismus in dieser Frühzeit zur stärksten Kraft in der spanischen Arbeiterklasse wurde. Die frei assoziierten kooperativen Gemeinschaften, die er anstrebte, passten zu den in Spanien tief verwurzelten Traditionen der gegenseitigen Hilfe. Der föderalistische Aufbau entsprach der weit verbreiteten Ablehnung des Zentralismus. Die neue Lehre bot auch eine starke moralische Alternative zu dem bestehenden korrupten politischen System und der heuchlerischen Kirche. Viele Beobachter haben darauf hingewiesen, dass der Anarchismus unter den landlosen Bauern Andalusiens einen naiven Optimismus verbreitete. Viel ist davon die Rede, dass die neue Lehre von asketischen Persönlichkeiten verbreitet wurde, die wie Heilige wirkten, und dass die Bekehrten das Rauchen, das Trinken und sexuelle Ausschweifungen aufgaben (obwohl der Anarchismus die offizielle Eheschließung ablehnte). Oft ist er als eine Art säkulare Religion beschrieben worden. Seine Anhänger glaubten, jeder müsse erkennen, dass Freiheit und gegenseitige Hilfe die einzigen Grundlagen

einer Gesellschaft mit natürlicher Ordnung seien. Nur ein Aufstand schien notwendig, um den Menschen die Augen zu öffnen, das riesige Potenzial guten Willens zu erschließen und das von Bakunin verkündete »spontane Schöpfertum der Massen« zur Wirkung zu bringen.

Die Frustration darüber, dass es den Anarchisten nicht gelang, »den Mechanismus der Geschichte in Gang zu setzen«, wie der russische Schriftsteller Victor Serge es formuliert hat, führte bereits in den neunziger Jahren zu einzelnen politischen Gewaltakten. Die *tigres solitarios*, die einsamen Tiger, wie ihre Kameraden sie nannten, wollten damit entweder andere bewegen, es ihnen nachzutun, oder für das brutale Vorgehen der Geheimpolizei *Brigada Social* Rache nehmen. Das berühmteste Beispiel dafür ereignete sich im Schloss Montjuïc in Barcelona, wo 1892 mehrere Anarchisten zu Tode gefoltert wurden. Der Fall erregte internationales Aufsehen und führte letzten Endes zur Ermordung von Cánovas del Castillo, dem Kopf der Restaurationsbewegung. Ein Teufelskreis von Unterdrückung und Vergeltung war die Folge.

Der marxistische Flügel des Sozialismus, *los autoritarios*, die Autoritären, wie ihre Gegner sie nannten, entwickelte sich im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts mit erheblich geringerem Tempo. Nach der Niederschlagung der Pariser Kommune tauchte Karl Marx' Schwiegersohn Paul Lafargue Ende 1871 in Spanien auf. Ein Jahr später hatte er in Madrid die Basis für den marxistischen Sozialismus geschaffen. Dass die Marxisten wesentlich weniger Erfolg hatten, ist zum Teil darauf zurückzuführen, dass sie für den Zentralstaat eintraten. Die Sozialisten unter Pablo Iglesias, einem Buchdrucker, der zu einem der führenden spanischen Marxisten wurde, agierten vorsichtig und konzentrierten sich zunächst darauf, eine Organisation zu schaffen. 1879 gründeten sie schließlich die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE) und 1888 die ihr verbundene Gewerkschaft Allgemeine Arbeiterunion (UGT). Iglesias bestand darauf, dass der Klassenkampf auf moderate und evolutionäre Weise geführt werden müsse. So lehnte die PSOE die Monarchie bis 1914 offiziell nicht ab. Die Sozialisten warfen ihren anarchistischen Rivalen »Verantwortungslosigkeit« vor. Jene sahen sie als Bürokraten und nannten sie »spanische Preußen«.

Eine weitere Ursache dafür, dass die Sozialisten in dem ländlich geprägten Spanien so langsam vorankamen, hängt damit zusammen, dass Marx die Bauernschaft verachtete und vom »Idiotismus des Landlebens« sprach. Er war der Meinung, der Kapitalismus könne nur von seiner eigenen Schöpfung, dem Industrieproletariat, gestürzt werden. In Spanien war jedoch die

Industrie vor allem in Katalonien konzentriert, wo sich der Anarchismus inzwischen ein Bollwerk geschaffen hatte. Daher mussten die »kastilischen« Sozialisten nach Bilbao schauen, wenn sie die Unterstützung von Industriearbeitern gewinnen wollten. So wurden der zentrale Teil Spaniens und die Nordküste ihre Einflussphäre, während die Anarchisten längs der ganzen Mittelmeerküste, besonders in Katalonien und Andalusien, ihre größte Gefolgschaft hatten.

Von 1890 bis in die frühen zwanziger Jahre des 20. Jahrhunderts erlebte Spanien eine turbulente Zeit, insbesondere in den Jahren der russischen und der deutschen Revolution am Ende des Ersten Weltkrieges. Auseinandersetzungen gab es vor allem auf den großen Landgütern, den Latifundien von Andalusien und Extremadura, in den Bergbaurevieren von Asturien und Vizcaya sowie im Industriegebiet von Katalonien. In Barcelona mit seinen *Fin-de-siècle*-Bauten stellten neureiche Fabrikbesitzer Reichtum und Macht protzig zur Schau.

Das Auf und Ab von Arbeiterrevolten und Unterdrückungsmaßnahmen war zuweilen kaum noch zu überblicken. Die Geheimpolizei, die sich als Wächterin der öffentlichen Ordnung verstand, ging zuweilen so weit, dass sie Kriminelle gegen anarchistische *pistoleros* oder gegen Streikführer in Marsch setzte. Der erste Ausbruch von Unruhen in den Städten, die *Semana Trágica*, die »Tragische Woche« Ende Juli 1909, war jedoch nicht von Arbeitskämpfen in Barcelona verursacht. Diese Unruhen waren ein Nebenprodukt des Kolonialkrieges in Marokko. Stammeskrieger im Rif-Gebirge hatten eine Militäreinheit vernichtet, die Bergbaukonzessionen des Conde de Romanones, eines Beraters König Alfonsos XIII., hatte schützen sollen. Die Regierung rief die Reservisten zu den Waffen; arme Männer konnten sich nicht vom Militärdienst freikaufen, und so traf es besonders verheiratete Arbeiter.¹ In den Jahren nach dem Desaster auf Kuba hatte sich eine starke antimilitaristische Stimmung aufgebaut, was zu der spontanen, überwältigenden Reaktion auf die Marokko-Krise in Barcelona beitrug.

Die »jungen Barbaren«, die den Führer der Radikalen Partei, Alejandro Lerroux, unterstützten, waren wie entfesselt. Es kam zu Gewaltakten. Kirchen wurden in Brand gesteckt. Berühmt wurde eine Grabschändung, bei der ein Arbeiter mit der exhumierten Leiche einer Nonne tanzte. Derart symbolische Gewalt war eine Reaktion des Volkes, das von starkem Aberglauben geradezu traumatisiert war. Die spanische katholische Kirche predigte in vieler Hinsicht immer noch wie im Mittelalter, und die geistige Unterdrückung zusammen mit der politischen Rolle der Kirchenbehörden

machten diese neben der Geheimpolizei zur Hauptzielscheibe solcher Aufstände. Bei den Unruhen kamen etwa ein halbes Dutzend Menschen ums Leben. Aber als die Armee eingriff, um die Ordnung wiederherzustellen, richtete sie ein wahres Massaker an.

Hunderte Menschen wurden festgenommen, darunter Francisco Ferrer, der Gründer der libertären Modernen Schule. Zwar hatte Ferrer mit den Gewaltakten überhaupt nichts zu tun, aber die Kirchenoberen übten auf die staatlichen Behörden starken Druck aus, ihren Gegner im Bereich der Bildung auszuschalten. Er wurde nach einer fingierten Anklage zum Tode verurteilt. Seine Hinrichtung löste in Spanien und im Ausland eine Welle von Protesten aus.

Nach der Erhebung von Barcelona im Jahre 1909 entwickelte eine Mehrheit in der libertären Bewegung eine neue Strategie. Die neue Richtung war hauptsächlich von der französischen Gewerkschaftsbewegung beeinflusst. Das Ziel dieser Politik war ein Generalstreik, der in die Umgestaltung der Gesellschaft auf der Basis einer selbstverwalteten Industrie und Landwirtschaft münden sollte. Aus dieser Bewegung entstand die anarcho-syndikalistische Nationale Konföderation der Arbeit (CNT), deren Mitgliederverbände sich aus den Industriebetrieben und nicht mehr aus Handwerkszweigen rekrutierten. Die libertäre Bewegung Spaniens bestand nun in der Hauptsache aus anarchistischen Puristen und Anarcho-Syndikalisten.

Während des Ersten Weltkrieges machten die Fabrikbesitzer riesige Profite, wohingegen ihre Arbeiter unter der hohen Inflation litten. Von 1913 bis 1918 verdoppelten sich die Preise, die Löhne stiegen aber nur um 25 Prozent.² Das trieb den Gewerkschaften die Arbeiter zu. Ende 1919 hatte die UGT 160 000 und die anarcho-syndikalistische CNT gar 700 000 Mitglieder. Der Sozialistischen Partei PSOE gehörten 42 000 Menschen an. Ihre führenden Männer Francisco Largo Caballero, Indalecio Prieto, Fernando de los Rios und Julián Besteiro sollten alle in den folgenden Jahren wichtige Rollen spielen. Die sehr gemäßigte katholische Gewerkschaftsbewegung Confederación Nacional Católica Agraria (CONCA) hatte vor allem in den Landgebieten von Kastilien und León Zulauf. Auf Mitglieder aus der Arbeiterschaft konnte sie lediglich im frommen Baskenland rechnen.³

Die kaum zu erschütternde Stellung des Militärs in der spanischen Gesellschaft erwies sich als ein Haupthindernis für schrittweise Reformen. Die Armee hatte 160 000 Soldaten, 12 000 Offiziere und 213 Generäle.⁴ Diese überdimensionierte und wenig kompetente Institution war eine schwere

Bürde für den Staat. Ihre Rolle ist nie klar definiert worden. Vom Charakter her reaktionär, verbündete sich die Armee zuweilen mit dem Volk gegen korrupte Politiker und trug so zur Erneuerung der Nation bei. Nach dem Verlust des Weltreiches saßen die Soldaten in ihren Garnisonen in der spanischen Provinz herum. Ihr einziges Betätigungsfeld war Spanisch-Marokko, der weitaus kleinere Teil dieses Landes. Den größeren hatte Spanien auf der Konferenz von Algeciras 1906 an Frankreich abtreten müssen. Von wirtschaftlichem Interesse waren dort lediglich die Phosphatbergwerke. Die kabyllische Bevölkerung aber sehnte sich danach, die Herrschaft der Europäer abzuschütteln. Für ehrgeizige spanische Offiziere war der Dienst in Marokko eine willkommene Abwechslung vom öden Kasernenleben zu Hause. So entwickelte sich der Mythos der *africanistas*, der Angehörigen der Afrika-Armee. Die hier dienenden Einheiten galten als die Elite der spanischen Streitkräfte. Das war die Grundlage ihrer Arroganz und ihres Glaubens, für das Schicksal des Vaterlandes verantwortlich zu sein.

Im Jahre 1917 entstand in Spanien eine militärische und politische Krise. Wieder hatten sich *Juntas de Defensa* gebildet, die bessere Konditionen in der Armee forderten. Als die Regierung sie auflösen wollte, veröffentlichten ihre Führer ein Manifest, in dem sie den beklagenswerten Zustand der Armee darstellten. Aus Furcht vor einem Militärputsch ging die konservative Regierung Eduardo Dato auf einige ihrer Forderungen ein. Dadurch fühlten sich aber Politiker wie Francesc Cambó, der Führer der Liga Catalana, ermutigt, die Gelegenheit zu nutzen, um Verfassungsreformen durchzusetzen. Seine Gefolgsleute hofften, damit das Land modernisieren und echte Demokratie erreichen zu können. Cambó forderte, am 19. Juli in Barcelona eine Zusammenkunft von Politikern einzuberufen, die einen ersten Schritt zu einer verfassunggebenden Versammlung, einem Parlament mit vollen Vertretungsrechten, darstellen sollte.

Zugleich nahmen auch die sozialistische PSOE und die Gewerkschaft UGT in ähnlichem Irrglauben an, die Juntas seien eine Chance für Veränderungen. Sie riefen einen Generalstreik aus, der ihrer Forderung nach einer verfassunggebenden Versammlung Nachdruck verleihen sollte. Dato aber ließ das Parlament schließen und die verfassungsmäßigen Rechte außer Kraft setzen. Der Streik begann am 13. August in Madrid, Barcelona, Bilbao, Saragossa, Oviedo sowie in den Bergbaurevieren von Asturien und Andalusien. Aber die *Juntas de Defensa* lehnten es ab, sich der Revolution anzuschließen. Sie beteiligten sich sogar an der Niederschlagung der Streiks. Das Ergebnis waren 72 Tote, 156 Verwundete und 2000 Festnahmen. In

Asturien, wo einen Monat lang gestreikt wurde, befehligten General Ricardo Burguete und ein junger Major der *africanistas* namens Francisco Franco die Truppen zur Unterdrückung der Streikenden. Sie schreckten auch vor Folter nicht zurück. Das war ein Vorgeschmack auf eine viel ernstere Revolte im Jahre 1934, bei der General Franco eine führende Rolle spielen sollte. Während die führenden Vertreter der Sozialistischen Partei zu lebenslänglicher Haft in Cartagena verurteilt wurden, passierte Cambó nichts.

Aber mit Unterdrückung allein waren die sozialen Probleme, die nach dem Ende des Ersten Weltkrieges immer deutlicher hervortraten, nicht zu lösen. Die Bevölkerung wuchs rasch, weil die Kindersterblichkeit sank. Die Städte platzten aus den Nähten, denn von den ärmeren ländlichen Gegenden strömten die Menschen auf der Suche nach Arbeit zusammen. Die Arbeitslosigkeit stieg. Die Kirche war nicht mehr in der Lage, die Bevölkerung wie einst unter Kontrolle zu halten. Aber die Politiker wollten nicht einsehen, dass Veränderungen dringend notwendig waren. Sie wussten nicht oder wollten nicht wissen, wie man »von einem oligarchischen Liberalismus zur Massendemokratie« gelangen konnte.⁵ Relativ wenig hatte sich geändert, seit Ferdinand VII. Spanien 100 Jahre zuvor als eine Flasche Champagner beschrieben hatte, in der er selbst der Korken sei, der verhindere, dass sie überschäume.

Als der Erste Weltkrieg endete und der Exportboom in sich zusammenfiel, wurden die Arbeiter militanter. Die Nachrichten aus Russland ließen bei den Linken neue Hoffnung keimen. Man sprach davon, dass an allen Enden Europas die Flamme der Revolution auflodere. Die Jahre von 1918 bis 1920, in denen in Andalusien ein Aufstand und in Barcelona Unruhen ausbrachen, sind in Spanien als »die drei Jahre des Bolschewismus« bekannt geworden. Die schlimmsten Unruhen begannen, als die anarcho-syndikalistische CNT die Arbeiter von La Canadiense in den Streik führte.⁶ Die katalanischen Arbeitgeber reagierten mit Aussperrungen und ließen aus Krisenregionen Streikbrecher kommen. Da die Gewerkschafter, vor allem die der CNT, zu Gewalt griffen, heuerten sie *pistoleros* an, die Gewerkschaftsführer erschießen sollten. Um die Ordnung wiederherzustellen, ernannte Alfonso XIII. General Severiano Martínez Anido zum Zivilgouverneur der Provinz. Sein Polizeichef, General Arlequí, setzte die *pistoleros* ein, und binnen 48 Stunden wurden 21 Gewerkschaftsfunktionäre in ihren Wohnungen oder auf der Straße erschossen. Das löste derartigen Hass aus, dass die Anarchisten als Vergeltung im Jahre 1921 Regierungschef Eduardo Dato ermordeten.⁷

Die Radikalisierung der CNT stand im scharfen Kontrast zur moderaten Haltung der sozialistischen UGT. Die Anarcho-Syndikalisten hielten die Sozialisten für Reformisten, wenn nicht gar für Verräter der Arbeiterklasse. 1921 wurde die Kommunistische Partei Spaniens gegründet. Militante Sozialisten und Anarchisten folgten dem Aufruf von Andreu Nin und Joaquín Maurín. Diese bislang noch schwache Kraft sollte sich bald in den Kampf um die Führung der Industriearbeiterschaft einschalten. Inzwischen kam es unter den Tagelöhnern von Andalusien immer wieder zu Aufständen, die jedoch meist niedergeschlagen wurden. Landarbeiter traten in rascher Folge in den Streik. Dann wurde die Guardia Civil auf den Plan gerufen, die mit Erschießungen und Verhaftungen die Ruhe wieder herstellte. Von Córdoba breiteten sich die Proteste auf Jaén, Sevilla und Cádiz aus. Überall wurden bessere Arbeitsbedingungen und die Zulassung von Landarbeitergewerkschaften gefordert. Ermutigt durch die Nachrichten vom anderen Ende Europas, übernahmen die Aufständischen die Losung »*Vivan los soviets!*« Als sie diese Parole an gekalkte Häuserwände malten, bestärkten sie damit die Großgrundbesitzer in ihrer Überzeugung, ihnen könnte das Schicksal der russischen Grundeigentümer drohen.⁸ Selbst die Politiker in Madrid erkannten, dass eine Art Landreform dringend notwendig war, aber kaum eine Regierung blieb lange genug im Amt, um sich des Problems anzunehmen.⁹

Den Madrider Politikern gelang es immerhin, einen gewissen Status quo aufrechtzuerhalten. Als die spanische Armee im Juli 1921 in Marokko bei ihrem alljährlichen Feldzug eine schmachvolle Niederlage erlitt, kam es erneut zu einer schweren Krise. Am 20. Juli 1921 geriet eine spanische Division unter General Silvestre in einen Hinterhalt marokkanischer Stammeskrieger unter Führung von Abd el-Krim. Es heißt, König Alfonso habe aus persönlicher Eitelkeit zum Fest des heiligen Jakob, des Schutzpatrons der spanischen Armee, einen besonders glänzenden Sieg verkünden wollen und daher den Kriegsminister veranlasst, Silvestre zu einem gewagten Unternehmen zu ermuntern.

Dieser Feldzug war ein klassisches Beispiel für militärische Inkompetenz: 10 000 Soldaten fielen, 4000 wurden gefangen genommen, und Silvestre erschoss sich. Eine Woche später wurde eine weitere wichtige Stellung von den Stammeskriegern erobert. Dabei wurden 7000 Soldaten getötet, und alle Offiziere gingen in Ketten in die Gefangenschaft. Das löste in Spanien derartige Entrüstung aus, dass die Regierung gezwungen war, eine Untersuchungskommission einzusetzen. Was diese herausfand, belastete den

König schwer. Doch kurz bevor sie ihren Bericht veröffentlichen konnte, putschte am 13. September 1923 der Generalkapitän [Oberbefehlshaber] von Katalonien, Miguel Primo de Rivera, und ernannte sich selbst zum Diktator. König Alfons blieb Staatsoberhaupt. Die übrigen Generäle sicherten ihm stillschweigende Unterstützung zu, um eine öffentliche Verurteilung der Armee und des Königs zu verhindern.

General Primo de Rivera verhängte sofort den Kriegszustand über das ganze Land, um Unruhen oder Proteste im Keim zu ersticken. Er kann jedoch nicht als der typische Diktator der Zwischenkriegszeit gelten. Auf seine Art war er die andalusische Version des kleinen Landadligen im England der Regentschaftszeit (1811–1820), der an schweres Leben und raue Sitten gewohnt war. Als junger Offizier hatte er sich über die Korruption in der Armee und über den Verkauf von Proviant und Ausrüstungen der Soldaten empört. Aber er sah die Politik nur mit den Augen des Soldaten: Die ideale Lösung konnte für ihn nur sein, dass alle in einer einzigen Partei wie in einer Armee zusammengeschlossen waren. Folgerichtig gründete er eine eigene Organisation, die Unión Patriótica, die allerdings nie größere Unterstützung im Volk fand. Primo hatte auch eine willkürliche Vorstellung von der Justiz. Oft versuchte er mit einem Humor, der ihm regelmäßig misslang, den weisen Richter zu spielen. Aber unter seiner Diktatur wandten Staat und Polizei relativ wenig Gewalt an.

Primos Machtantritt wurde zunächst von den Industriellen begrüßt und von den liberalen Mittelschichten akzeptiert, die der Meinung waren, nichts könne schlimmer sein als die vergangenen Jahre des Chaos und Blutvergießens. Sie hofften, dass der Diktator, obwohl er dem Adel angehörte, doch imstande sein werde, eine Landreform durchzuführen, die keine Regierung der Großgrundbesitzer auch nur ins Auge gefasst hätte. Nun sympathisierte Primo zwar mit den Bauern auf patriarchalische Weise, aber jeder Versuch einer Bodenreform hätte Maßnahmen erfordert, die für ihn zu radikal und für die Kräfte, von denen er abhing, einfach undenkbar waren.

Er unternahm aber zumindest den Versuch, die Auseinandersetzungen im Industriegebiet von Katalonien zu beenden. Seiner Meinung nach mussten die Arbeiterorganisationen eingebunden und die Unternehmer unter Aufsicht gestellt werden. Für diese Aufgaben waren aus seiner Sicht die zentralistischen Sozialisten geeignet. Er nahm also den Sekretär der UGT, Francisco Largo Caballero, als Staatssekretär in seine Regierung auf. Er sollte sich um die Einrichtung von Schiedsstellen für Arbeitskonflikte kümmern. Der Gedanke, man könne mit Primos Regierung zusammenarbeiten, wurde

von dem zweiten wichtigen Führer der Sozialisten, Indalecio Prieto, entschieden abgelehnt. Auch die Anarchisten warfen Largo Caballero schamlosen Opportunismus vor, da ihre Organisationen und Publikationen zur gleichen Zeit verboten wurden.

Die katalanischen Arbeitgeber hatten zwar Primos Machtergreifung begrüßt, wiesen aber seine Bemühungen, ihnen vorzuschreiben, wie sie mit Gewerkschaftsführern umzugehen hatten, strikt zurück. Außerdem schien er ein boshaftes Vergnügen daran zu finden, gegen ihren Nationalismus vorzugehen, indem er die katalanische Sprache und Kultur zu unterdrücken suchte. Wie alle Patriarchen war er überzeugt, dass er nur das Beste wollte. Er liebte große Gesten, tat aber wenig und war insgesamt unberechenbar. Sein größter Erfolg: Er machte dem Krieg in Marokko ein Ende, aber auch das mehr durch Glück als durch gezielte Politik. Abd el-Krim, der Führer der Rif-Kabylen, überspannte schließlich den Bogen. Im April 1925 führte er heftige Angriffe gegen das französisch besetzte Gebiet Marokkos. Das veranlasste Frankreich und Spanien, unverzüglich ein Militärbündnis zu schließen. Am 8. September landeten französische und spanische Truppen bei Alhucemas, wo es ihnen gelang, Abd el-Krims Streitmacht einzukesseln. Die Revolte in Marokko wurde endlich niedergeschlagen.

Im Dezember bildete Primo ein Direktorat aus Offizieren und Zivilisten. Aber bei seinen Plänen, Spanien zu modernisieren, fehlte es ihm an nüchternem Urteilsvermögen und Fortune. Er startete überzogene und schlecht geplante Bauprojekte wie Wasserkraftwerke und Straßen, die sich als enorme Verschwendung entpuppten.¹⁰ Von 1925 bis 1929 verdoppelte sich das Haushaltsdefizit. Der junge Finanzminister José Calvo Sotelo verschlimmerte die Lage dadurch, dass er die Peseta an den Goldstandard koppelte. Währungsspekulanten scheffelten auf Kosten der Regierung große Vermögen, und Versuche, die Währung aufzuwerten, scheiterten kläglich. Kapitalflucht setzte ein, und als 1931 die Zweite Republik ausgerufen wurde, hatte die Peseta ungefähr die Hälfte ihres Wertes verloren.

Unter Primos Regime spitzten sich die inneren Widersprüche zu. Bankiers und Industrielle waren erbost, dass er sich in Dinge einmischte, von denen er nichts verstand. Die Mittelschichten reagierten, als er in die Angelegenheiten der Universitäten eingriff. Der wohlmeinende Patriarch, selbst unübersehbar ein Produkt seines Standes und seiner Bildung, war zur Belastung für die Monarchie geworden, die er hatte retten wollen. Alfons XIII. begann um seinen Thron zu fürchten. Seit fünf Jahren hatte sich in linksliberalen und intellektuellen Kreisen eine politische Opposition zur Dikta-

tur aufgebaut. Ihre wichtigste Organisation war die Alianza Republicana unter Führung von Manuel Azaña, Alejandro Lerroux, Marcelino Domingo und einigen anderen. Sie wollten nicht nur die Diktatur, sondern mit ihr auch die Monarchie beseitigen. Zugleich wuchs unter den Sozialisten der Widerstand gegen die Zusammenarbeit mit Primo. 1929 war Largo Caballero gezwungen, das Scheitern dieser Allianz offen einzugestehen. Als sich die Sozialisten 1930 gegen die Monarchie und die Diktatur wandten, erhielt die UGT erneut großen Zulauf. Ihre Mitgliederzahl stieg von 1923 bis 1930 von 211 000 auf 277 000. Zwei Jahre später hatte sie schon eine halbe Million überschritten.

Wie ein gestrenger, uneinsichtiger Vater, der seine Autorität bedroht sieht, wollte Primo seinen Willen mit immer brutaleren Mitteln durchsetzen. Verletzt und verwirrt darüber, dass man ihn so wenig schätzte, wandte er sich um Unterstützung an die Armee. Als er diese nicht erhielt, reichte er am 28. Januar 1930 beim König seinen Rücktritt ein und ging ins Ausland. Wenige Wochen später starb er in Paris.

Alfonso XIII., der sich nicht mehr auf die Verfassung stützen konnte, die er selbst offen gebrochen hatte, setzte am 30. Januar erneut einen Militär, General Dámaso Berenguer, als Regierungschef ein. Damit brachte er General Sanjurjo, den Chef der Guardia Civil, gegen sich auf, der meinte, er sei viel besser geeignet für diesen Posten. Dass Alfonso so stur an einem Militärregime festhielt und Berenguer fast ein ganzes Jahr verstreichen ließ, bevor er die Cortes erneut einberief, brachte das Land immer mehr gegen ihn auf, denn es wurde weiterhin per Erlass regiert, und auch die Zensur blieb in Kraft. Selbst ehemalige Monarchisten wie José Sánchez Guerra, Niceto Alcalá Zamora und Miguel Maura wandten sich jetzt offen gegen die Monarchie und forderten eine Republik.

Alcalá Zamora und Maura gründeten eine Republikanische Liberale Rechte Partei. Indalecio Prieto schloss sich zunächst auf eigene Faust, später mit Unterstützung der Exekutivkomitees der PSOE und der Gewerkschaft UGT, der Verschwörung an. Das Bündnis der Republikaner wurde offiziell am 27. August 1930 in der baskischen Küstenstadt San Sebastián gegründet. Die katalanischen Republikaner traten dem Pakt von San Sebastián, wie er bald genannt wurde, unter der Bedingung bei, dass Katalonien ein Autonomiestatut erhalten sollte. Die Bewegung der Republikaner wurde gestärkt, als ihr mehrere Offiziere beitraten: Gonzalo Queipo de Llano, der in der Militärrevolte von 1936 General Francos Haupttrivale werden sollte, Ramón Franco, der Bruder des Nationalistenführers, der bei der Luftwaffe diente,

und Ignacio Hidalgo Cisneros, der später als Kommunist die Luftwaffe der Republik im Bürgerkrieg befehligte.

Im Dezember rief die UGT zum Generalstreik auf, wogegen die anarcho-syndikalistische CNT nichts einzuwenden hatte. Inzwischen war Niceto Alcalá Zamora zum Präsidenten eines Revolutionskomitees gewählt worden, das sich als Schattenregierung etablierte. Studenten und Arbeiter agitierten offen für den Sturz der Monarchie. Eine Erhebung, die für den 12. Dezember geplant war, musste um drei Tage verschoben werden. Durch ein Versehen wurden die Hauptleute Galán und Garcia Hernández von der Garnison Jaca davon nicht in Kenntnis gesetzt. Sie erhoben sich um sechs Uhr morgens. Da ihnen aber niemand folgte, mussten sie sich ergeben. Sie wurden wegen Hochverrats verurteilt und hingerichtet. Damit hatte die Sache der Republikaner ihre ersten Märtyrer. General Emilio Mola, der Chef der Sicherheitsdienste, ließ alle Mitglieder des Revolutionskomitees festnehmen, deren er habhaft werden konnte. Der Aufstand war gescheitert, aber das konnte die Republikaner nicht mehr aufhalten.

Einen Monat später, im Januar 1931, organisierte eine Gruppe, die sich »Al servicio de la Republica« nannte, einen weiteren Universitätsstreik. Daran beteiligten sich die wichtigsten Persönlichkeiten der spanischen Intelligenz – José Ortega y Gasset, Gregorio Marañón und Ramón Pérez de Ayala. Vorsitzender war der Dichter Antonio Machado. Am 14. Februar ersetzte der erschreckte König Berenguer durch Admiral Juan Bautista Aznar. Außerdem schrieb er für den 12. April Kommunalwahlen aus. Das bot den Republikanern die Gelegenheit, die Wahl zu einer Volksbefragung über die Monarchie zu erklären. Als am Abend des 12. April die Ergebnisse bekannt wurden, zeigte sich, dass Sozialisten und liberale Republikaner in fast allen Provinzhauptstädten Spaniens gesiegt hatten. Eine begeisterte Menge, die sofort das Stadtzentrum von Madrid füllte, erklärte das Schattenkabinett von Alcalá Zamora zur neuen Regierung. Dabei hatte diese Wahl mit den Cortes, dem verfassungsmäßigen Parlament des Landes, gar nichts zu tun.¹¹

General Berenguer, inzwischen Kriegsminister, befahl der Armee, dem Willen des Volkes zu gehorchen. Ein Mitglied von Admiral Aznars Regierung, der Conde de Romanones, versuchte vergeblich, mit dem Komitee der Republikaner zu einer Übereinkunft zu gelangen. Dann ließ er bei General Sanjurjo, dem Chef der Guardia Civil, anfragen, ob er mit seinen Einheiten rechnen könne. Der immer noch beleidigte General rächte sich jetzt und sagte Nein. Daraufhin begann in ganz Madrid »ein Volksfest, das den An-

schein einer Revolution annahm.«¹² Am selben Abend teilte Admiral Aznar dem König den Rücktritt seiner Regierung mit.

Am 14. April 1931 um sechs Uhr morgens wurde in Eibar die Republik ausgerufen. Die Nachricht verbreitete sich wie ein Lauffeuer im ganzen Land. Der Conde de Romanones traf mit Alcalá Zamora zusammen, der ihm erklärte, der König und seine Familie müssten Spanien noch am selben Nachmittag verlassen. Dieser wies das Angebot seines Ministers Juan de la Cierva, ihn mit Militärgewalt an der Macht zu halten, zurück und verließ Madrid, um sich in Cartagena einzuschiffen. Seine Abreise löste keine Unruhen aus. »Die Monarchie«, schrieb Miguel Maura, »war bereits lange vor ihrem Untergang aus dem Bewusstsein der Spanier verschwunden.«¹³

3. Kapitel

Die Zweite Republik

Am 14. April 1931 bildete sich das Revolutionskomitee unter der Führung des ehemals monarchistischen Politikers Niceto Alcalá Zamora. Der Katholik und Grundbesitzer aus Córdoba funktionierte es zur Provisorischen Regierung der Republik um. Alcalá Zamora wurde Regierungschef und Staatsoberhaupt.¹

Die neue Führung der Republik stand vor enormen Problemen, die tief in der spanischen Gesellschaft verwurzelt waren – eine Landreform, eine Reform der Streitkräfte, die katalanische und die baskische Frage sowie das Verhältnis zwischen katholischer Kirche und Staat. Wenn sie eine »Bürgerrepublik« errichten wollte, dann musste sie obendrein die Defizite im Bildungswesen beseitigen.

Nach dem Börsenkrach von 1929 an der Wall Street war die internationale Lage für diese Aufgaben gar nicht günstig. Zwar traf die Weltwirtschaftskrise Spanien nicht so hart wie die industriell höher entwickelten Länder, aber die Preise für die traditionellen Exportgüter des Landes wurden nahezu halbiert.² Proteste wegen des sinkenden Lebensstandards und soziale Unruhen lösten in vielen Staaten Europas die Furcht aus, die Russische Revolution könnte Nachahmer finden. Als Gegenreaktion waren in mehreren Ländern diktatorische oder Militärregime an die Macht gekommen.³ Vor diesem Hintergrund beunruhigten der Sturz der Monarchie in Spanien und die Ausrufung einer Republik die internationalen Banken außerordentlich. So stornierte die Morgan's Bank sofort einen Kredit von 60 Millionen Dollar, den sie mit der Vorgängerregierung ausgehandelt hatte.

Außerdem hatte die neue Regierung auch die Folgen der wirtschaftlichen Fehler von Primo de Riveras Diktatur zu tragen: die enormen Schulden aufgrund der staatlichen Bauprojekte und den Absturz des Wertes der Peseta. Zudem waren in Erwartung höherer Steuern und einer weiteren Verschlechterung der Wirtschaftslage große Mengen Kapital ins Ausland abgeflossen.⁴ Großgrundbesitzer und Industrielle, die finanzielle Auswirkungen mögli-

cher Sozialprogramme der Regierung fürchteten, stellten sofort ihre Investitionen ein. Ihre Befürchtungen wurden dadurch genährt, dass zwei Sozialisten Ministerposten übernahmen – Indalecio Prieto das Finanz- und Largo Caballero das Arbeitsressort.⁵

Die Regierung, eine Sechs-Parteien-Koalition, berief trotz allem die Cortes ein und arbeitete an einem Verfassungsentwurf für die Zweite Republik. Im April, Mai und Juni 1931 wurden Dekrete zur Landreform erlassen. Diese verboten den Landbesitzern, Pächtern zu kündigen oder Tagelöhner von außerhalb der eigenen Gemeinde zu beschäftigen. Bereits für die Industrie geltende Arbeiterrechte wie der Acht-Stunden-Tag wurden auf die Landarbeiter ausgedehnt. Am 21. Mai bildete die Regierung eine Comisión Técnica Agraria, die ein Gesetz zur Gründung eines Instituts für die Landreform ausarbeiten sollte. Diese legte ein Programm für die Ansiedlung von 60 000 bis 75 000 Familien pro Jahr vor. Allerdings standen ihr dafür nur 50 Millionen Pesetas zur Verfügung, für diese Aufgabe eine viel zu geringe Summe.

In der Woche darauf ging Kriegsminister Manuel Azaña daran, das Problem des total überdimensionierten Militärs zu lösen. Den Generälen und Offizieren bot er an, mit vollen Bezügen in die Reserve zu gehen. Er reduzierte die 16 Militärbezirke auf acht stehende Divisionen, schaffte den Rang des Generalleutnants ab, kürzte den Militärdienst auf ein Jahr und ordnete die Schließung der Militärakademie von Saragossa an, die ausgerechnet von General Francisco Franco geleitet wurde.⁶

Diese Reformen brachten keinen wesentlichen Fortschritt für den Aufbau einer moderneren und effizienteren Armee. Ganz gewiss aber verärgerten sie viele Offiziere, die nun Zeit und Gelegenheit hatten, sich gegen die Republik zu verschwören. Weiter beging die Regierung den Fehler, General Sanjurjo als Chef der Guardia Civil zu behalten, einer Truppe, die für ihre brutalen Maßnahmen zur Unterdrückung berüchtigt war.⁷ Sie schuf eine neue paramilitärische Truppe mit dem Unheil verkündenden Namen Guardia de Asalto, was so viel wie Angriffstruppe bedeutet. Die *asaltos* wurden in der Regel in Städten und Ortschaften eingesetzt, während die Guardia Civil als Polizei auf dem Lande wirkte.

Auch das Problem der Autonomie für Katalonien musste dringend gelöst werden. Es bewegte besonders rückwärts gewandte kastilische Zentralisten, die jede Konzession an die Regionen als Gefahr für die Einheit Spaniens ansahen. In der Aprilwahl hatte die Partei der Republikanischen Linken Kataloniens, eine Organisation der Mittelschichten unter Francesc Macià und

Lluís Companys, den Sieg errungen. Damals hatten beide verkündet, dass eine katalanische Republik innerhalb eines föderalen Spanien gegründet werden sollte. Das stimmte allerdings nicht ganz mit dem überein, was man im Pakt von San Sebastián ausgehandelt hatte. Drei Tage später machten sich drei Minister von Madrid nach Barcelona auf, um mit Macià und Companys zu erörtern, wie die Cortes in die Lage versetzt werden könnten, ein Autonomiestatut zu beschließen. Am 21. April wurde Macià zum Präsidenten der *Generalitat* de Catalunya ernannt. Bewusst verwendete man hier den Namen des katalanischen Reiches aus dem Mittelalter.

Das Verhältnis zwischen der neuen säkularen Republik und der katholischen Kirche musste sich kompliziert gestalten, da das Konkordat von 1851 noch in Kraft war. Kaum zwei Wochen nach Ausrufung der Republik verurteilte Kardinal Pedro Segura, der Primas von Spanien, in einem Hirtenbrief die Absicht der neuen Regierung, Glaubensfreiheit und die Trennung von Kirche und Staat einzuführen. Der Kardinal drängte die Katholiken, bei künftigen Wahlen gegen eine Regierung zu stimmen, die nach seiner Meinung die Religion zerstören wollte. Die katholische Presse stimmte in diese Forderung ein. *El Debate*, Organ von Acción Católica, verteidigte die Privilegien der Kirche, und *ABC*, die Tageszeitung der Monarchisten, unterstützte zutiefst traditionalistische Positionen.

Angesichts dieser Auflehnung des Oberhauptes der spanischen Kirche ordneten die republikanischen Minister die Ausweisung von Kardinal Segura und Mateo Múgica, dem Bischof von Vitoria, an. Kardinal Segura ließ sich daraufhin in Südfrankreich nieder, wo er hektische Aktivitäten entfaltete. So wies er seine Priester in Spanien an, Kircheneigentum zu verkaufen, den Erlös aber nicht in Pesetas umzutauschen.⁸

Der fanatische Mystizismus der Kirche in Spanien provozierte viele antiklerikale Reaktionen. Dazu gehörten insbesondere die »Wunder«, bei denen in den dreißiger Jahren häufig ein »Roter« auf der Stelle tot umfiel, weil er angeblich ein Sakrileg begangen hatte. Der Schriftsteller Ramón Sender führt den verbreiteten Vandalismus der Linken gegen Kirchen wie die Entweihung von Mumien darauf zurück, dass in der Kirche das leidenschaftliche Küssen von Knochen und Gliedern von Heiligen üblich war. Die *beatas*, die schwarz gekleideten Frauen, gehorchten jeder Anweisung ihrer Priester, wie lächerlich diese auch sein mochten. In Spanien waren die meisten psychischen Störungen auf religiöse Wahnideen zurückzuführen. Selbst Nichtgläubige konnten sich dieser Atmosphäre nicht völlig entziehen. Unter Arbeitern kursierten Horrorgeschichten von Folterungen in Klöstern.

Für Naturkatastrophen wurden die Jesuiten verantwortlich gemacht, so wie die Kirche Freimaurern, Juden und Kommunisten die Schuld daran in die Schuhe schob.

Am 11. Mai, zwei Wochen nach dem Erscheinen von Seguras Hirtenbrief, löste ein Zwischenfall vor einem Klub der Monarchisten in Madrid schwere Unruhen aus. Dort war ein Taxifahrer verprügelt worden, weil er »*Viva la Republica!*« gerufen hatte. Sofort versammelte sich eine große Menschenmenge, das Gebäude der monarchistischen Zeitung *ABC* wurde in Brand gesteckt und nach ihm die Karmeliterkirche an der Plaza de España. In den folgenden zwei Tagen brannten Kirchen an vielen Orten. Die Unruhen breiteten sich entlang der Mittelmeerküste bis nach Andalusien aus, wo es in Alicante, Malaga, Cádiz und Sevilla zu Brandanschlägen kam. Am Ende sah sich die Regierung gegen ihren Willen gezwungen, den Ausnahmezustand zu verhängen. Die Rechte allerdings vergaß nicht die berüchtigte Bemerkung, die Azaña zugeschrieben wurde, ihm sei es lieber, wenn alle Kirchen in Spanien brannten, als dass ein einziger Republikaner zu Schaden komme.

Am 3. Juni sandten die spanischen Bischöfe dem Regierungschef einen gemeinsamen Brief, in dem sie die Trennung von Kirche und Staat verurteilten und gegen die Abschaffung des Religionsunterrichts als Pflichtfach in den Schulen protestierten.⁹ Aber auch von anderer Seite, insbesondere von der libertären Linken, baute sich Druck gegen die Regierung auf. Am 6. Juli erklärte die anarcho-syndikalistische CNT einen Streik der Beschäftigten der Telefongesellschaften im ganzen Land. Damit waren die Fernverbindungen nach Barcelona und Sevilla lahm gelegt. CNT-Mitglieder verübten außerdem Sabotageakte gegen das Telefonnetz, das die Regierung Primo de Rivera an die nordamerikanische Gesellschaft ITT verkauft hatte. Der US-Botschafter verlangte den Schutz des Netzes durch die Sicherheitskräfte, und die Regierung ordnete den Einsatz von Streikbrechern an, die der UGT angehörten.

Daraufhin rief die CNT einen landesweiten Streik aus. In Sevilla löste die Guardia Civil das Begräbnis eines Arbeiters auf, den ein Streikbrecher getötet hatte. Bei der anschließenden Auseinandersetzung gab es sieben Tote, darunter drei Angehörige der Polizeitruppe. Daraufhin rief die Regierung in Madrid am 22. Juli den Kriegszustand aus. Armee und Guardia Civil, die traditionellen Garanten für Recht und Ordnung, gingen mit der gewohnten Brutalität vor. Sie setzten leichte Artillerie ein und wandten auch das »*ley de fugas*« an, ein Gesetz, das es gestattet, bei »Fluchtversuchen« auf Häftlinge zu

schießen. Viele Opfer waren die Folge. Bald hatte man 30 Tote und 200 Verletzte zu beklagen. Dazu kamen einige hundert Festnahmen. In den Augen der spanischen Arbeiter, die so große Hoffnungen in die Republik gesetzt hatten, war diese genauso repressiv wie die Monarchie. Die CNT erklärte der Regierung den Krieg und kündigte an, sie werde sie mit einer sozialen Revolution stürzen.

Nach der Wahl vom 28. Juni hatte die Republik gerade erst die Parlamentsarbeit in den Cortes aufgenommen.¹⁰ Die erste Sitzung hatte am 14. Juli unter dem Vorsitz des sozialistischen Intellektuellen Julián Besteiro stattgefunden. Die Sozialisten von der PSOE waren sich so einig wie noch nie, denn Largo Caballero hatte zu einer seltenen Harmonie mit Indalecio Prieto gefunden, dem Gemäßigten aus Bilbao, der sich für ein Mitte-Links-Bündnis mit den liberalen Republikanern einsetzte. Largo Caballero hatte der Beteiligung der Sozialisten an der Regierung zugestimmt, weil das in seinen Augen den Interessen der UGT, um die es ihm vor allem ging, am besten entsprach. Obwohl seine Gewerkschaft rasch wuchs, wurde sie von der CNT überholt, seit man diese vor einem Jahr wieder zugelassen hatte. Nach Regierungsangaben zählte die UGT 1934 1,44 Millionen und die CNT 1,58 Millionen Mitglieder.

Ende August wurde der erste Verfassungsentwurf debattiert. Darin hieß es: »Spanien ist eine demokratische Republik der Werktätigen aller Klassen.« Am umstrittensten waren Artikel 26 und 27, nach denen die religiösen Orden aufgelöst werden sollten. Das hätte eine Krise im Land ausgelöst, was Manuel Azaña dank seiner Überzeugungskraft verhindern konnte. Nur der Jesuitenorden wurde verboten und sein Vermögen beschlagnahmt.¹¹ Artikel 26 legte außerdem fest, dass der Staat im Zeitraum von zwei Jahren alle Subventionen an die Kirche einzustellen hatte. Damit stand diese mit ihren 150 000 Priestern, Mönchen und Nonnen vor einem akuten Problem. Zum ersten Mal sah sie sich einer Regierung gegenüber, die sich gegen die traditionelle Vorstellung wandte, die Kirche sei Spanien. Inzwischen wurden die Kirchen im Land im Vergleich mit allen christlichen Ländern am schlechtesten besucht. Das hinderte Kardinal Segura aber nicht daran zu erklären, in Spanien sei man »entweder Katholik oder gar nichts«. Weniger als 20 Prozent der Gesamtbevölkerung gingen noch zur Messe. In den meisten Gegenden südlich des Guadarrama-Gebirges war der Anteil gar unter fünf Prozent gesunken. Trotz dieser Zahlen behaupteten die katholischen Kirchenoberen in Spanien und Rom, die Kirche werde von der Republik verfolgt.¹²

Die Debatte über Artikel 44, der auf Forderung der Sozialisten die Enteignung von Grund und Boden »im nationalen Interesse« vorsah, löste eine noch größere Krise aus. Alcalá Zamora musste beinahe zurücktreten. Um eine Landreform durchführen zu können, brauchte man eine solche Regelung. Und obwohl bislang nur unbearbeiteter Boden an landlose Dorfbewohner übergeben wurde, waren die Kräfte des Zentrums und der Rechten zutiefst misstrauisch, wohin derartige Schritte führen konnten.¹³ Schließlich wurde die Verfassung am 9. Dezember vom Parlament angenommen. Niceto Alcalá Zamora wurde offiziell zum Präsidenten der Republik gewählt. Am 15. Dezember bildete Manuel Azaña eine neue Regierung.¹⁴

Azaña, der prominenteste liberale Republikaner, war ein strikt antiklerikal eingestellter Intellektueller, ein brillanter, aber auch zutiefst pessimistischer Kopf. Er sah sich als der starke Mann der Republik, wofür es ihm aber an Konsequenz und Stehvermögen fehlte. Rückhalt hatte er vor allem bei Angehörigen der progressiven Mittelschichten wie Lehrern und Ärzten sowie bei Handwerkern und Beamten.

Der Chef der radikalen Republikaner, Alejandro Lerroux, der gehofft hatte, an Stelle von Azaña die Regierung zu führen, wurde von den Sozialisten abgelehnt. Das taten sie mit gutem Grund, denn sie hielten seine Partei für korrupt. Daraufhin suchte Lerroux nach Bündnispartnern bei der Rechten. Seine Unterstützung kam in der Hauptsache von Konservativen und Geschäftsleuten, die zwar König Alfons nicht gemocht hatten, aber grundsätzlich für die Monarchie eintraten.

Die Gegner der republikanischen Reformen, die Parteigänger von Großgrundbesitzern, Klerus und Militär, bildeten in den Cortes nur eine kleine Minderheit, traten aber nach wie vor mit dem Anspruch auf, das traditionelle Spanien zu verteidigen.¹⁵ Der Faschismus war in dieser Zeit noch eine zu vernachlässigende Größe. Einige wenige Zeitschriften erschienen, und eine Hand voll rechter Intellektueller scharte sich um José Antonio Primo de Rivera, den Sohn des letzten Diktators.¹⁶

Die Anarchisten spalteten sich nach der Ausrufung der Republik. Auf der einen Seite standen jene, die sich den Gewerkschaften anschlossen, so zum Beispiel die *treintistas* um Ángel Pestaña und Joan Peiró, die 1931 ein »Manifest der Dreißig« unterzeichnet hatten. Ihre Gegner, etwa Juan Garcia Oliver und Buenaventura Durruti, die der *Federación Anarquista Ibérica* (FAI) angehörten, waren fest überzeugt, dass der Kampf gegen den Staat, Streiks und Erhebungen, so genannte revolutionäre Gymnastik (ein von Rosa Luxemburg

burg geprägter Begriff) zur sozialen Revolution führen werde. Aber es war ein unbedeutender Zwischenfall auf dem Lande, der die Regierung erstmals wirklich in Gefahr brachte.

Castilblanco, ein kleines Dorf in der Provinz Badajoz nahe der portugiesischen Grenze, trat in den letzten Dezembertagen des Jahres 1931 in den Streik. Eine kleine Abteilung Guardia Civil rückte an, um Ordnung zu schaffen. Die Polizisten eröffneten das Feuer und töteten einen Ortsbewohner. Darüber gerieten die Bauern so in Wut, dass sie auf der Stelle vier Angehörige der Guardia Civil lynchten. Die Gewalt eskalierte. Bei einem weiteren Zwischenfall im fernen Rioja wollte die Guardia Civil offenbar ihre in Castilblanco getöteten Kameraden rächen. Sie tötete elf Menschen und verletzte dreißig weitere. Regierungschef Azaña bestellte den Kommandeur der Guardia Civil, General Sanjurjo, zu sich, verurteilte die Handlungsweise seiner Truppe, enthob ihn seines Postens und versetzte ihn auf das Amt des Generalinspektors der *carabineros*, was von Sanjurjo als Degradierung aufgefasst werden musste.¹⁷

General Sanjurjo hatte der Republik im April zum Sieg verholfen, als er sich weigerte, den König zu unterstützen. Jetzt fühlte er sich ungerecht behandelt. Er trat mit anderen hohen Offizieren in Kontakt, mit denen er einen Militärputsch plante. Die Regierung hatte Kenntnis von der Verschwörung, und als Sanjurjo den Putsch im August wagte, schlug er kläglich fehl. Zwar waren die Aufständischen in Sevilla kurzzeitig erfolgreich, aber als Sanjurjo untätig blieb und die CNT sofort einen Generalstreik ausrief, war der Spuk rasch vorbei. Sanjurjo wollte nach Portugal fliehen, wurde aber in Huelva festgenommen.¹⁸

Die Regierung in Madrid verhaftete weitere Verschwörer, darunter José Antonio Primo de Rivera und Ramiro de Maeztu. 140 Beteiligte wurden nach Villa Cisneros in der Westsahara deportiert. Da eine Reihe Adlige darunter waren, ordnete die Regierung kurzerhand die Beschlagnahmung der Ländereien der Granden von Spanien an – eine in diesem Umfang nicht gerechtfertigte Maßnahme, die diese Kreise in ihrer Ablehnung der Republik bestärkte. Sanjurjo wurde zum Tode verurteilt, das Urteil aber unverzüglich in eine Freiheitsstrafe umgewandelt. Der General musste nicht lange hinter Gittern verbringen. Als Lerroux an die Macht kam, wurde er begnadigt. Er begab sich nach Lissabon ins Exil, um »eine nationale Bewegung zu organisieren, die Spanien vor Ruin und Schande rettet«.

Sanjurjos Putsch hatte die unmittelbare Wirkung, dass die Cortes nun die Annahme von Reformgesetzen beschleunigten. Die nächsten umstrittenen

Maßnahmen waren das Autonomiestatut für Katalonien und die Landreform.¹⁹ Die Rechte kämpfte erbittert dagegen, Katalonien mehr Rechte zuzugestehen, aber Azaña setzte sich mit einer der brilliantesten Reden seiner Karriere durch.²⁰ Das Statut wurde am 9. September unter dem Eindruck des gescheiterten Sanjurjo-Putsches angenommen. Am 20. November fand die erste Wahl zum katalanischen Parlament statt. Die Republikanische Linke Kataloniens unter Lluís Companys siegte.

Das Jahr 1933 begann schlecht für Azañas Regierung. Bereits in den ersten Januartagen kam es nach mehreren Bauernerhebungen in Andalusien zu einer Welle der Gewalt in der Provinz Cádiz. In der Kleinstadt Casas Viejas, die eine lange anarchistische Tradition hatte, sah man die Ankunft »des Tages« gekommen, an dem der libertäre Kommunismus eingeführt werden sollte. Am 11. Januar belagerte eine Gruppe Anarchisten den dortigen Posten der Guardia Civil, und es kam zu einem Schusswechsel. Aus Cádiz wurde Verstärkung von Guardia Civil und *asaltos* herbeigeholt, die ein Haus umstellten, in dem ein alter Anarchist namens »*Seisdedos*« (»Sechs Finger«) erbitterten Widerstand leistete. Der Einsatzleiter befahl Manuel Rojas, einem Hauptmann der *asaltos*, der Sache ein Ende zu machen. Der ließ das Haus in Brand stecken. Zwei Männer, die den Flammen zu entkommen suchten, wurden erschossen. Danach befahl Rojas seinen Männern, zwölf der Anarchisten, die sie zuvor festgenommen hatten, kaltblütig zu ermorden. Insgesamt starben in Casas Viejas 22 Bauern und drei Angehörige der Sicherheitskräfte.²¹

Die Rechte, die bisher immer wieder harte Maßnahmen zur Wiederherstellung von Ruhe und Ordnung gefordert hatte, griff jetzt Azaña wegen dieses brutalen Vorgehens an. Sie stellte die ungerechtfertigte Behauptung auf, er habe befohlen, die Bauern zu erschießen. Sein Ruf war beschädigt. In den Cortes erklärten Abgeordnete der Rechten, die Vorgänge in Casas Viejas bewiesen, dass die »zu raschen« sozialen Veränderungen auf dem Lande die Ursache der Unruhen seien. Zugleich griffen sie die sozialistischen Maßnahmen der Regierung in der Industrie an. Bei der Kommunalwahl im April mussten Azañas Regierungsparteien Verluste hinnehmen. Im Herbst war nicht mehr zu übersehen, dass die Position der Regierung deutlich geschwächt war. Unter diesen Umständen beauftragte Präsident Alcalá Zamora Diego Martínez Barrio, einen Kollegen von Lerroux, ein Kabinett zu bilden, das eine Neuwahl ausschreiben sollte.

Als sich die Möglichkeit abzeichnete, die Regierung zu stürzen, schlossen

sich nahezu alle Gruppen der Rechten am 12. Oktober zu einer Koalition unter dem Namen Unión de Derecha y Agrarios zusammen. Alejandro Lerroux' Radikale Republikanische Partei bot sich als Moderatorin des Bündnisses an. Die Linke dagegen ging gespalten in die Wahl. Die Sozialisten waren enttäuscht darüber, wie wenig reformbereit sich ihre republikanischen Kollegen gezeigt hatten. Außerdem drängte sie die UGT, die nach ihrer Meinung reaktionäre Unterdrückungspolitik der Azaña-Regierung anzuprangern. Die Anarchisten, die von ihrer gegen den Staat gerichteten Haltung nicht abließen und sich über die Mordakte der Guardia Civil empörten, riefen zum Wahlboykott auf.

Die Wahl fand am 19. November 1933 statt. Dank der neuen republikanischen Verfassung durften in Spanien zum ersten Mal auch die Frauen wählen. Allerdings stimmten viele für die Mitte-Rechts-Parteien, die schließlich auch die meisten Mandate gewannen.²² Präsident Alcalá Zamora beauftragte Lerroux mit der Regierungsbildung. Dessen Kabinett, das gänzlich aus Mitgliedern seiner Radikalen Partei bestand, benötigte im Parlament die Unterstützung der Spanischen Konföderation der Autonomen Rechten (CEDA), die natürlich Bedingungen stellte. Ihr Führer José María Gil Robles bestand auf einer Reihe von Maßnahmen, die die Rücknahme von Reformen der Vorgängerregierung zum Ziel hatten, so im Bereich der Grundschulen, der Kirche, der Landreform und der Arbeiterrechte. Lerroux und Gil Robles vereinbarten außerdem eine Amnestie für alle, die wegen Beteiligung an General Sanjurjos Putsch hinter Gittern saßen.

Die kritischste Entwicklung jener Zeit war die Bolschewisierung der Sozialisten unter Largo Caballero. Am 3. Januar 1934 hatte es in der Zeitung *El Socialista* geheißen: »Harmonie? Nein! Klassenkampf! Tödlicher Hass auf die verbrecherische Bourgeoisie!«²³ Zehn Tage später beschloss das Exekutivkomitee der Sozialistischen Partei ein neues Programm. Dieses enthielt folgende Forderungen, die bei Zentristen und Rechten die Alarmglocken schrillen ließen:

- Nationalisierung des Bodens,
- Auflösung aller religiösen Orden, Beschlagnahmung deren Besitzes,
- Auflösung der Armee, die durch eine demokratische Miliz ersetzt wird,
- Auflösung der Guardia Civil.²⁴

Nach der Wahlniederlage verlor der gemäßigte Indalecio Prieto im Exekutivkomitee der PSOE immer mehr an Einfluss. Dieses wurde nun vollstän-

dig von Largo Caballero kontrolliert. Die Masse der Sozialisten durchlief einen Prozess der Radikalisierung. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten verlagerte sich immer mehr nach außerhalb des Parlaments. So gründeten sie zum Beispiel den Arbeiterbund *Alianza Obrera*. Am 3. Februar bildeten sie ein Revolutionskomitee, das einen Aufstand gegen die Regierung vorbereiten sollte. Dieser würde »alle Merkmale eines Bürgerkrieges« annehmen und sein »Erfolg davon abhängen, welchen Umfang er erreicht und wie viel Gewalt er hervorbringt«.²⁵

Caballero ignorierte die Warnungen des abgesetzten UGT-Vorsitzenden Julián Besteiro, diese Politik sei »kollektiver Wahnsinn« und jeder Versuch, die Diktatur des Proletariats zu errichten, eine »eitle, kindische Illusion«.²⁶ Auch Manuel Azaña hatte die Sozialisten gewarnt, wenn sie einen Aufstand vorbereiteten, lieferten sie dem Militär den Vorwand, wieder in die Politik einzugreifen und die Arbeiterunruhen niederzuschlagen.²⁷ Caballero fegte solche Warnungen jedoch beiseite. Die sozialistische Jugend begann sich heimlich Waffen zu beschaffen und daran zu üben, wie es die Karlisten im Nordosten und die damals noch sehr kleine Falange bereits taten.

Lerroux' Regierung stoppte die Landreform, stellte im Mai die Beschlagnahmung von Land der spanischen Granden ein und hob auch das Gesetz auf, nach dem Landarbeiter den gleichen Schutz wie in der Industrie Beschäftigte genießen sollten. Großgrundbesitzer empfahlen hungrigen Landarbeitern, die nach Arbeit suchten, »die Republik zu essen«. Der Landwirtschaftszweig der Gewerkschaft UGT²⁸ erließ einen Aufruf zum Generalstreik. Der wurde allerdings nur in den Provinzen Cáceres, Badajoz, Ciudad Real und in Teilen Andalusiens befolgt. In dieser Lage ohne parlamentarische Unterstützung einen Streik zu beginnen, war ein ernster Fehler, der nur der Regierung in die Hände spielte.

Im Sommer 1934 kam es auch zu einem Konflikt zwischen der Madrider Regierung und der *Generalitat* de Catalunya, der autonomen Regierung Kataloniens. Dies führte eine eigene Version der Landreform durch, welche die Pächter im Weinbau betraf. Am 2. Oktober 1934 stürzte die neue Regierung von Ricardo Samper, einem Weggefährten Lerroux', über diese Auseinandersetzung. Unter dem unnachgiebigen Druck der Rechten trat Samper zurück.

Präsident Alcalá Zamora hatte diese Krise angesichts einer Linken zu regeln, die empört behauptete, die Rechte wolle die Republik zerstören und Neuwahlen müssten abgehalten werden, sowie einer Rechten, die in die Regierung drängte. Gil Robles kündigte an, er werde keine Regierung von den

Hinterbänken aus unterstützen, wenn nicht auch Mitglieder der CEDA in ihr vertreten seien.

Largo Caballero hatte noch im Jahr zuvor behauptet, in Spanien drohe kein Faschismus. Im Sommer 1934 vollzogen seine Anhänger jedoch eine Wendung um 180 Grad und trompeteten von einer faschistischen Gefahr, womit sie riskierten, eine sich selbst erfüllende Prophezeiung in die Welt zu setzen. Als eine Schiffsladung Waffen für die Sozialisten in Asturien einen Aufschrei der Empörung auslöste, kündigte CEDA-Führer Gil Robles an, er werde »derartige Zustände nicht länger dulden«. ²⁹ Die CEDA war die größte Partei in den Cortes, hatte jedoch bislang keine Ministerposten. Jetzt forderte Gil Robles seinen Anteil. Die UGT, die die CEDA mangelnden Engagements für die Republik verdächtigte (was vor allem mit den antiklerikalen Artikeln in ihrem eigenen Statut zu tun hatte), kündigte nun ihrerseits an, sie könne »für künftige Aktionen keine Verantwortung übernehmen«. Als die Regierung Samper am 4. Oktober stürzte, traten drei Mitglieder der CEDA, allerdings nicht Gil Robles selbst, in die neue Regierung von Alejandro Lerroux ein.

Die sozialistische PSOE, die sich in militanten Reden erging und bereit war, sich gegen die Regierung zu erheben, beschloss, einen revolutionären Generalstreik auszurufen. Andere Parteien, die befürchteten, die Republik falle ihren Feinden in die Hände, verkündeten, sich von nun an nicht mehr an das Recht gebunden zu fühlen. Daraufhin sah sich die Regierung gezwungen, den Generalstreik für illegal zu erklären und in ganz Spanien das Kriegsrecht zu verhängen.

Der Generalstreik begann am 5. Oktober und erfasste nahezu das ganze Land. Largo Caballero und seine Gefolgsleute handelten immer verantwortungsloser. Sie stürzten sich in einen Aufstand ohne jede vorherige Planung. Da vor allem die Mittelschichten betroffen waren, trieben sie diese geradezu in die Arme der Rechten, wie Besteiro und andere gewarnt hatten.

Als die UGT in Madrid den Generalstreik ausrief, forderte sie Soldaten und Polizisten auf, sich der Revolte anzuschließen, als ob die spanische Hauptstadt von 1934 das Petrograd von 1917 wäre. Aber Largo Caballero musste bald einsehen, dass damit nicht die spontane Revolution der Massen ausgelöst wurde, wie er gehofft hatte. Die Streikenden wollten das Innenministerium und einige Militärbehörden besetzen, feuerten ein paar Pistolenschüsse ab, wurden aber bald von den Sicherheitskräften überwältigt. Am 8. Oktober waren fast alle Mitglieder des Revolutionskomitees verhaftet. ³⁰

In Katalonien hielt der Generalstreik an, obwohl die CNT sich nicht da-

ran beteiligte, weil deren Führer mit einer von Sozialisten und Republikanern begonnenen Revolution nichts zu tun haben wollten. Die katalanische Linke dagegen, empört darüber, wie die Regierung mit ihrem Autonomiestatus umgegangen war, sah in dem Generalstreik eine Gelegenheit, die Selbstständigkeit Kataloniens zu stärken. Am 6. Oktober um 20 Uhr erschien Companys auf dem Balkon des Regierungsgebäudes und rief »einen katalanischen Staat in einer föderativen Republik Spanien« aus. Er forderte die »Antifaschisten« ganz Spaniens auf, nach Barcelona zu kommen und hier eine provisorische Regierung zu bilden. Daraufhin befahl Lerroix dem örtlichen Militärbefehlshaber, General Domingo Batet, den Kriegszustand zu verhängen und dem Spuk ein Ende zu bereiten. Batet, ein vorsichtiger Mann, ließ zwei Feldgeschütze auf der Plaza de Sant Jaume auffahren und in die Luft schießen. Am 7. Oktober um sechs Uhr morgens gab Companys auf. Er und seine Gefolgsleute wurden verhaftet und vor Gericht gestellt. Companys erhielt 30 Jahre Gefängnis. Manuel Azaña, der sich rein zufällig in Barcelona aufhielt, wurde ebenfalls festgenommen und auf ein Gefängnisschiff verbannt. Die katalanische Autonomie wurde sofort ausgesetzt und Manuel Portela Valladares zum Generalgouverneur von Katalonien ernannt.

Im Norden des Landes breitete sich der revolutionäre Generalstreik rasch in den Bergbaurevieren von León, Santander und Vizcaya aus. In Bilbao tobten fünf, sechs Tage lang Kämpfe mit den Sicherheitskräften. In Eibar und Mondragón gab es 40 Tote. Als schließlich reguläre Truppen einrückten und spanische Flugzeuge den Grubenbezirk bombardierten, war die Revolte zu Ende.

Ganz anders entwickelten sich die Dinge in Asturien. Einen Monat zuvor hatte es einen Warnstreik gegen eine Zusammenkunft der CEDA in Covadonga gegeben, einem heiligen Ort für die spanische Rechte, denn er galt als Ausgangspunkt der *Reconquista* Spaniens von den Mauren. Asturien war auch die einzige Region Spaniens, wo die CNT sich dem revolutionären Bündnis *Alianza Obrera* angeschlossen hatte und wo die Kommunisten bereits spürbaren Einfluss besaßen. Obwohl das Revolutionskomitee dort von dem Sozialisten Ramón González Peña geleitet wurde, behaupteten die Kommunisten später, sie hätten den Aufstand geführt. Damit bestätigten sie die schlimmsten Befürchtungen der Mitte-Rechts-Kräfte und lieferten Franco später den Vorwand, von einer »roten Verschwörung« zu sprechen.³¹

Es wird geschätzt, dass an dem Aufstand 15 000 bis 30 000 bewaffnete Arbeiter beteiligt waren. Die meisten Waffen stammten von einer Schiffs-

ladung, die Indalecio Prieto organisiert hatte, der als einer der moderatesten Vertreter der Parlamentsfraktion der Sozialisten galt. Die Gewehre hatte die Yacht *Turquesa* bei Pravia, nordöstlich von Oviedo, angelandet.³²

Um seiner Verhaftung zu entgehen, floh Prieto nach Frankreich. Weitere Waffen kamen aus Rüstungsbetrieben der Region, die die Arbeiter besetzt hatten. Außerdem besaßen die Bergleute selbst gefertigte Sprengladungen, die »Artillerie der Revolution« genannt wurden.

Im Morgengrauen des 5. Oktober griffen die Rebellen zunächst Posten der Guardia Civil und öffentliche Gebäude an. Sie besetzten Mieres, Gijón, Avilés und einige Kleinstädte des Bergbaureviers. Außerdem schickten sie Trupps aus, die Trubia, La Felguera und Sama de Langreo einnehmen sollten. Am nächsten Tag zogen sie nach Oviedo, das von einer Garnison von 1000 Mann verteidigt wurde. Nach heftigen Straßen- und Häuserkämpfen eroberten sie die Stadt. Die Revolutionäre riefen eine Kommune aus, wo sie statt Geld vom Revolutionskomitee abgezeichnete Coupons ausgaben. Sie beschlagnahmten Eisenbahnzüge und LKWs, besetzten Gebäude. Etwa 40 Personen – meist Reiche und einige Priester – wurden ermordet. Das war zweifellos ein Bürgerkrieg, obwohl er auf eine Region begrenzt blieb.

Da im Land das Kriegsrecht galt, befahl der Kriegsminister General Franco, den Aufruhr niederzuschlagen. Am 7. Oktober rückte General López Ochoa mit einer Expeditionstruppe von Lugo aus. Am selben Tag erschien der Kreuzer *Libertad* im Geleit zweier Kanonenboote vor Gijón, wo sie auf die Bergleute an Land feuerten. Flugzeuge bombardierten das Kohlerevier und die Stadt Oviedo. Am 8. Oktober setzte Franco zwei *banderas* der spanischen Fremdenlegion und zwei *tabors* der marokkanischen Kolonialtruppen unter dem Befehl von Oberstleutnant Yagüe in Marsch.³³ General López Ochoa nahm am Abend dieses Tages Avilés ein. Am 11. Oktober waren die Revolutionäre in Oviedo in einer verzweifelten Lage. Die Munition ging zur Neige, und sie wussten bereits, dass der Aufstand in ganz Spanien gescheitert war. Am 12. Oktober hatten General Ochoas Truppen vor Sonnenuntergang fast die ganze Stadt unter Kontrolle. Sechs Tage später bot der neue Vorsitzende des Revolutionskomitees, Belarmino Tomás, General López Ochoa die Kapitulation an, wenn er dafür sorgte, dass die maurischen Truppen sich von den Städten und Dörfern fern hielten. Denn seit dem 10. Oktober waren Fremdenlegionäre und Marokkaner in die Dörfer des Bergbaureviers eingedrungen, die sie wie Feindesland behandelten. Sie plünderten, vergewaltigten und mordeten. Gefangene wurden meist auf der Stelle erschossen. Die Sicherheitskräfte nahmen in der ganzen Gegend

schreckliche Rache. Folter und kaltblütiger Mord waren an der Tagesordnung. Dabei tat sich der Kommandeur der Guardia Civil, Major Lisardo Doval, durch seine Grausamkeit besonders hervor.

Obwohl die Revolution in Asturien kaum zwei Wochen gedauert hatte, kostete sie etwa 1000 Menschen das Leben und richtete enormen Schaden an. Tausende Arbeiter wurden entlassen, weil sie sich an den Unruhen beteiligt hatten. Weitere Tausende wurden ins Gefängnis geworfen. Viele kamen allerdings im Januar 1935, als der Kriegszustand aufgehoben wurde, wieder frei. Ganze 20 Personen wurden zum Tode verurteilt, aber nur zwei Urteile wurden vollstreckt. Das wirkte sehr großzügig für diese Zeit, wenn man bedenkt, wie die Regime Stalins oder Hitlers auf eine solche Erhebung reagiert hätten. Die Verantwortung für das abstoßend brutale Vorgehen der Sicherheitskräfte lag mehr bei deren Befehlshabern, besonders bei Yagüe und Franco, als bei den Politikern in Madrid. Bereits Azaña hatte man wegen Castilblanco zu Unrecht beschuldigt, aber die Ereignisse waren nicht miteinander zu vergleichen. Der Aufstand in Asturien erforderte zweifellos ein härteres Vorgehen, was bedeutete, dass die Regierung die Armee und die Guardia Civil noch weniger kontrollieren konnte.

Die eher kühlen Köpfe der Linken erkannten durchaus, dass der Aufstand ein schrecklicher Fehlschlag war. Aber die Beteiligten, besonders Largo Caballero, hatten zum ersten Mal den berauschten Atem der Revolution verspürt. Für die Rechte war andererseits klar, dass nur die Armee, das Rückgrat des Staates, wie Calvo Sotelo argumentierte, einen revolutionären Umsturz verhindern konnte. Vor allem aber war der Aufstand ein tiefer Schock für die ganze Nation und ein verheerender Schlag für die Demokratie in Spanien. Zweifellos versetzte diese gewaltsame Erhebung die politische Mitte und die harte Rechte in den Alarmzustand. Die Konservativen fühlten sich in ihrer Überzeugung bestärkt, dass alles getan werden musste, um jeden weiteren Versuch zu verhindern, in Spanien die Diktatur des Proletariats zu errichten. Dazu trug Largo Caballero bei, der erklärt hatte: »Ich will eine Republik ohne den Krieg der Klassen, aber dafür muss eine Klasse verschwinden.«³⁴ Man brauchte die Adressaten nicht an den Terror nach der Russischen Revolution und an Lenins Entschlossenheit zu erinnern, die Bourgeoisie zu liquidieren.

Mit der Niederwerfung des Oktoberaufstandes, der Aussetzung der katalanischen Autonomie und der Auflösung linker Stadträte hatte die Koalition aus Radikalen und CEDA nun endgültig die Oberhand gewonnen. Letztere war allerdings der Meinung, dass ihr Anteil an der Regierung Lerroix nicht

ihrer Stärke im Parlament entspreche. Gil Robles wollte die Beschränkungen der Rolle der Kirche im Bildungswesen aus der Verfassung streichen, was ihm aber nicht gelang. Wenn Lerroxx und seine Radikalen einem Grundsatz treu geblieben waren, dann ihrem Antiklerikalismus. Es folgte eine Regierungskrise, die jedoch einen anderen Grund hatte. Als Präsident Alcalá Zamora entschied, von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen und das Todesurteil gegen Gonzáles Peña aufzuheben, sprachen sich die CEDA-Führer dagegen aus. Lerroxx musste die Regierung umbilden und fünf CEDA-Mitglieder aufnehmen. Gil Robles bestand darauf, Kriegsminister zu werden. Er ernannte General Fanjul zu seinem Stellvertreter und Franco zum Generalstabschef.³⁵

Die neue Regierung machte eine Reihe Maßnahmen der Republik rückgängig. So erhielten die Jesuiten ihr Vermögen zurück, und die Granden wurden für die Enteignung von Grund und Boden im Rahmen der Landreform entschädigt. Diese sowie die Reform im Bildungswesen wurden nicht fortgesetzt. Inzwischen begann die republikanische Linke wieder Kräfte zu sammeln. Im Dezember 1934 wurde Azaña von allen Vorwürfen wegen der Oktoberereignisse freigesprochen und aus dem Gefängnis entlassen. Einige Monate später schloss er einen Pakt zwischen der Linken und den drei Parteien der Mitte: Republikanische Linke, Republikanische Union und Nationalrepublikanische Partei. Im März 1935 erschien Azaña auch wieder in den Cortes und führte überall im Land Massenkundgebungen durch. In Madrid versammelten sich über 300 000 Menschen. In seiner Rede umriss er die Grundlagen eines Wahlbündnisses der Linken, das er bei der Wahl im Februar des folgenden Jahres zum Sieg führen wollte.

Die Sozialisten blieben dagegen tief gespalten. Prieto, der sich seit dem Oktoberaufstand im Pariser Asyl aufhielt, brach mit den Gefolgsleuten von Largo Caballero, den *caballeristas*, und suchte erneut ein Bündnis mit Azaña. Largo Caballero selbst wurde im November aus dem Gefängnis entlassen. Er war jetzt ein überzeugterer Bolschewik als je zuvor, denn er hatte in seiner Zelle Werke von Lenin gelesen und war von Jacques Duclos, dem Vertreter der französischen Kommunisten bei der Komintern, aufgesucht worden. Die Führer des Aufstandes wurden überraschend milde behandelt.

Das Bündnis von CEDA und Lerroxx' Radikalen zerbrach aufgrund mehrerer politischer Skandale Ende 1935. Im Oktober kam es zum *Estraperlo*-Glücksspielskandal, der dem Präsidenten der Republik die Handhabe gab, Lerroxx' Rücktritt zu fordern.³⁶ Er beauftragte Joaquín Chapaprieta, eine neue Regierung zu bilden. Aber bereits einen Monat später kam ein wei-

terer Korruptionsskandal ans Licht, der schließlich der Radikalen Partei den Todesstoß versetzte.³⁷

Gil Robles war der Meinung, nun sei für ihn die Zeit gekommen, die Regierung allein zu übernehmen. Er entzog Chapaprieta seine Unterstützung, aber er setzte sich nicht durch. Präsident Alcalá Zamora, der ihn nicht mochte und eine große Partei der Mitte schaffen wollte, beauftragte mit der Regierungsbildung einen Mann seines Vertrauens, den früheren Gouverneur von Katalonien, Manuel Portela Valladares. Ohne Gespür dafür, dass die Demokratie in Spanien in höchster Gefahr war, hatte Alcalá Zamora das Finale der Republik eingeläutet. Bald war es nicht mehr zu übersehen: Der Konflikt im Land hatte sich so zugespitzt, dass er nicht mehr im Rahmen des Parlaments gelöst werden konnte.

4. Kapitel

Die Volksfront

Als der neue Regierungschef Manuel Portela Valladares den Ministerrat am 1. Januar 1936 zusammenrief, hielt er bereits das Dekret über die Auflösung der Cortes in der Hand. Es sah vor, am 16. Februar eine Neuwahl abzuhalten. Das sollte für 40 Jahre die letzte freie Wahl in Spanien sein.

Das Dekret wurde schließlich am 7. Januar veröffentlicht, und sofort setzte ein heftiger Wahlkampf ein. Die Ergebnisse der vorherigen Wahlen hatten die Lektion vermittelt, dass politische Bündnisse im Vorteil waren. Nun gingen die Linke und die Rechte daran, Allianzen zu schmieden, was dazu führte, dass es nahezu keine politische Mitte mehr gab.

Der revolutionäre Aufstand der Linken und dessen brutale Niederschlagung durch Militär und Guardia Civil hatte jede Aussicht auf einen Kompromiss zunichte gemacht. Die Erbitterung war zu groß, als dass die Demokratie noch hätte funktionieren können. Mit einer apokalyptischen Sprache heizten beide Seiten die Erwartungen ihrer Gefolgsleute an, dass es nur eine gewaltsame, keine politische Lösung geben könne. Largo Caballero erklärte: »Wenn die Rechte die Wahl gewinnt, dann steuern wir direkt auf einen Bürgerkrieg zu.«¹ Es kann kaum überraschen, dass die Rechte ähnlich reagierte. Aus ihrer Sicht konnte ein Sieg der Linken an der Wahlurne nur zu einer gewaltsamen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats führen, wie es Largo Caballero vorausgesagt hatte.

Die größte Gruppe der Rechten war im Grunde ein Bündnis der CEDA mit den Monarchisten und Karlisten des Nationalen Blocks. CEDA-Führer José Maria Gil Robles nannte es »die nationale konterrevolutionäre Front«.² Gil Robles, der seinen katholischen Korporatismus mit einigen faschistischen Symbolen garniert hatte, ließ sich von seinen Gefolgsleuten bei Massenkundgebungen mit dem Ruf: »*Jefe, jefe, jefe!*« begrüßen. (Das ist Spanisch für »Chef« und erinnert an »*Duce!*« oder »*Führer!*«) Im Wahlkampf ließ er im Zentrum von Madrid ein riesiges Plakat anbringen, das die Fassade eines ganzen Hauses mit dem Schriftzug bedeckte: »Gebt mir die absolute

Mehrheit, und ich gebe euch ein großes Spanien.« Millionen Flugblätter wurden verteilt, in denen es hieß, ein Sieg der Linken bedeute, dass »der Mob bewaffnet wird, dass Banken und Privathäuser brennen werden, dass Besitz und Land verteilt, dass geplündert wird und sie eure Frauen aufteilen werden.«³ Gil Robles' Wahlkampf wurde von Großgrundbesitzern, Großunternehmern und der katholischen Kirche finanziert. Letztere segnete das Bündnis und erklärte, wer es wähle, der gebe Christus seine Stimme.

Seit der Ausrufung der Republik im April 1931, deren Folgen das Niederbrennen von Kirchen und Klöstern sowie die antiklerikalen Bestimmungen der Verfassung waren, hatte der katholische Klerus seine Ablehnung der Republik mehrfach eindeutig demonstriert. Aber seit dem Aufstand vom Oktober 1934 rief er offen zum Ungehorsam gegenüber einer rechtmäßigen Regierung auf, wenn es darum ging, die Interessen der Kirche zu schützen. Als die Republik die staatlichen Zuwendungen an die Kirche einstellte, die zu ihren wichtigsten Finanzquellen gehört hatten, sah sie sich von Armut bedroht. Mehr denn je hingen die Priester von Spenden ihrer Gemeinden ab.⁴ 1936 gab es in Spanien etwa 30 000 Priester, die meist arm, ungebildet und zu keiner anderen Arbeit befähigt waren. Der hohe Klerus dagegen verteidigte heftig seine Privilegien. Als Kardinal Vidal y Barraquer angesichts der Finanzkrise der Kirche vorschlug, reichere Diözesen sollten den ärmeren helfen, wiesen das die meisten Bischöfe empört zurück.⁵

Am 15. Januar 1936 unterzeichneten die Parteien von Links und Mitte-Links einen Pakt. Sie wollten bei den Wahlen gemeinsam antreten.⁶ Ein Volksfrontprogramm wurde entworfen, dessen Hauptpunkte die Landreform, die Wiedereinführung des Autonomiestatuts für Katalonien und eine Amnestie für die Gefangenen waren, die man nach dem Oktoberaufstand verhaftet hatte.⁷ Von einer Nationalisierung der Banken oder der Aufteilung von Ländereien war keine Rede. Aber die Rechte behauptete, der Pakt enthalte Geheimklauseln.⁸ Unter den gegebenen Umständen war dies ein verständlicher Verdacht. Das Wahlprogramm der Volksfront war in der Tat gemäßigt. Allerdings hatten die *caballeristas* bereits die Nationalisierung des Bodens, die Auflösung der Armee, der Guardia Civil und aller religiösen Orden sowie die Beschlagnahmung von deren Besitztümern gefordert. Das Programm der *Alianza Obrera* vom Mai 1935 hatte außerdem die »Enteignung und Nationalisierung von Großindustrie, Finanzen, Verkehrs- und Fernmeldeeinrichtungen« als Forderungen enthalten.⁹

Die Forderung, alle freizulassen, die sich an einer gewaltsamen Rebellion gegen eine rechtmäßig gewählte Regierung beteiligt hatten, musste auf die

Rechte wie eine Provokation wirken. Wenn die Linke sich insgesamt entschlossen zeigte, alle Teilnehmer am Aufstand von 1934 auf freien Fuß zu setzen, dann demonstrierte sie damit wohl kaum Respekt für das Recht und die verfassungsmäßige Regierung. Diese Janusköpfigkeit der Volksfront zeigte sich bereits eine Woche nach der Wahl. Diego Martínez Barrio erklärte, die Volksfront sei ein »konservatives Unternehmen«. *El Socialista* verkündete: »Wir sind entschlossen, in Spanien das zu vollbringen, was in Russland geschehen ist. Der Plan des spanischen Sozialismus gleicht dem des russischen Kommunismus.«¹⁰

Der Wahlpakt, auf den Sozialisten und linke Republikaner als Erste drängten, hatte seine Wurzeln im Oktoberaufstand von Asturien. Er korrespondierte mit der neuen Politik der Komintern, die die kommunistischen Parteien aufforderte, sich mit nichtrevolutionären linken Gruppen zusammenzuschließen, um der neuen Gefahr des Faschismus in Europa entgegenzutreten. Das war ein Zweistufenplan, der moderat beginnen und längerfristig revolutionären Charakter annehmen sollte.¹¹ Im Juni 1936 erklärte Dimitroff, angesichts der derzeitigen Lage in Spanien bestehe »die wichtigste und dringendste Aufgabe der Kommunistischen Partei Spaniens und des spanischen Proletariats« darin, durch Vollendung »der demokratischen Revolution« und Isolierung »der Faschisten von den Massen der Bauern und des städtischen Kleinbürgertums« den Sieg über den Faschismus zu erringen.¹²

Die Kontrolleure der Komintern waren wohl kaum daran interessiert, die Mittelschichten zu schützen. Die Strategie der Volksfront war ein Weg, um an die Macht zu gelangen. Das wurde später auf der Beratung der Komintern vom 23. Juli bestätigt, wo man über den Aufstand der Rechten debattierte. Georgi Dimitroff warnte, die spanischen Kommunisten sollten nicht versuchen, »im gegenwärtigen Stadium« eine Diktatur des Proletariats zu errichten. »Das wäre ein fataler Fehler. Daher sagen wir: Handelt unter dem Banner der Verteidigung der Republik. ... Mit anderen Worten, Genossen, wir sind der Meinung, dass es in der gegenwärtigen internationalen Situation vorteilhafter und nützlicher für uns ist, eine Politik zu verfolgen, mit der wir uns die Möglichkeit erhalten, die Massen zu organisieren, zu schulen und zusammenzuschließen, um unsere Positionen in einer Reihe von Ländern – Spanien, Frankreich, Belgien usw. – zu stärken, in denen von der Volksfront abhängige Regierungen bestehen und die kommunistischen Parteien über weit reichende Möglichkeiten verfügen. Wenn wir unsere Positionen gefestigt haben, dann können wir weitergehen.«¹³

Weiterzugehen bedeutete, dass die Beseitigung politischer Rivalen von Anfang an hohe Priorität hatte. Als am 17. Juli die Anarchisten sich anschickten, die Erhebung der Generäle in Barcelona niederzuschlagen, empfahl die Komintern dem Politbüro des ZK der KP Spaniens: »Es ist notwendig, dringend präventive Schritte gegen die Putschpläne der Anarchisten zu unternehmen, hinter denen sich die Faschisten verstecken.«¹⁴

Wie der französische Abgesandte der Komintern, André Marty, später nach Moskau berichtete, wurde die Kommunistische Partei Spaniens damals fast ausschließlich von Vittorio Codovilla, Deckname »Medina«, geführt. An der Spitze der PSUC Kataloniens stand Ernö Gerö, alias »Singer« oder »Pedro«, ebenfalls ein Abgesandter der Komintern. Marty sollte die Tätigkeit des Politbüros der Kommunistischen Partei Spaniens später als »schrecklich primitiv« bezeichnen. Das einzige kompetente Mitglied sei José Diaz gewesen, aber der war schwer leberkrank und konnte nur wenig tun.¹⁵

Die stärkste Partei der Volksfront war die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE). Francisco Largo Caballero, inzwischen 66 Jahre alt, war ihr radikalster Führer. Er stand unter starkem bolschewistischem Einfluss. Dem breiten Bündnis mit den linken Republikanern Manuel Azañas misstraute er und ließ sich von Jacques Duclos, einem weiteren Vertreter der Komintern in Spanien, umwerben. Der bezeichnete Caballero als den geeignetsten Führer der spanischen Arbeiterklasse. Nicht nur *Claridad*, die Zeitung der Caballero-Anhänger, sondern auch die gesamte kommunistische Presse Europas pries diesen langjährigen Gewerkschaftsführer als den »spanischen Lenin«. Aber Caballero, der sich von seiner eigenen Rhetorik mitreißen ließ, wurde seinen neuen kommunistischen Freunden langsam unheimlich. Seine flammenden revolutionären Reden auf Massenkundgebungen überall in Spanien, in denen er die Beseitigung der Mittelschichten forderte, widersprachen Dimitrows Politik. (In einem zeitgenössischen Witz hieß es gar: »Wählt Kommunisten und rettet so Spanien vor dem Marxismus.«) Ob Caballero nur in revolutionärem Überschwang so sprach oder tatsächlich derartige Ziele verfolgte, es konnte kaum überraschen, dass die Rechte, die sich von der Linken in ihrer Existenz bedroht sah, einen Gegenschlag vorbereitete.

Die Kommunistische Partei Spaniens übte zu dieser Zeit bereits beträchtlichen Einfluss aus, wenn man bedenkt, dass sie bei ihrer Gründung im Jahre 1921 nur einige Dutzend Mitglieder gezählt hatte. Als zehn Jahre später die Monarchie stürzte, gab es einige tausend Kommunisten. Bei der Wahl vom November 1933 erhielt die Partei 170 000 Stimmen und ihr ers-

tes Mandat in den Cortes. Doch im ersten Halbjahr 1936 wuchs die Anzahl ihrer Mitglieder von 30 000 auf fast 100 000 an.¹⁶ Wenn die Linke eine so knappe Wahl gewinnen wollte, kam es auf die Haltung der Anarchisten an. Diesmal wollten sie sich an der Wahl beteiligen, obwohl es gegen ihre Grundsätze war. Denn ihre einzige Hoffnung, ihre Genossen wieder aus dem Gefängnis zu bekommen, war ein Sieg der Volksfront.

Am 16. Februar 1936 öffneten die Wahllokale in einer gespannten, aber ruhigen Atmosphäre. Beide Wahlblöcke der Rechten und der Linken erwarteten einen Sieg. General Francos Propagandisten behaupteten später, es hätte ernste Unstimmigkeiten gegeben, womit sie die Ergebnisse anzweifeln wollten. Aber damit hatten sie absolut Unrecht. Selbst die monarchistische Zeitung *ABC* schrieb am 17. Februar, die Wahl sei »ohne Streiks, ohne Drohungen und Skandale« verlaufen. »Jeder konnte in absoluter Freiheit stimmen, wie er wollte.«

Die Provinzwahlkommissionen meldeten ihre Ergebnisse am 20. Februar. Danach hatte die Volksfront mit etwa 150 000 Stimmen Vorsprung gewonnen. Das Wahlgesetz, von dem 1933 das Bündnis der Rechten profitiert hatte, wirkte sich jetzt zugunsten der Linken aus. Mit kaum zwei Prozent mehr Stimmen erhielt die Volksfront die absolute Mehrheit der Sitze in den Cortes.¹⁷

Das erstaunlichste Ergebnis dieser Wahl bestand darin, dass die Falangisten von José Antonio Primo de Rivera bei zehn Millionen Wählern ganze 46 000 Stimmen erhalten hatten. Das waren weniger als 1000 Stimmen pro Provinz. Dieses Ergebnis zeigt erheblich realistischer, wie groß die von Largo Caballero an die Wand gemalte faschistische Gefahr tatsächlich war.

Die Linke ignorierte das knappe Ergebnis und tat so, als habe sie ein überwältigendes Mandat für revolutionäre Veränderungen erhalten. Es war abzusehen, wie sehr es die Rechte schreckte, als Menschenmengen zu den Gefängnissen strömten, um die Häftlinge zu befreien, ohne auch nur eine Amnestie abzuwarten. Als die Ergebnisse bekannt waren, forderte eine Gruppe Monarchisten von Gil Robles, sich an die Spitze eines Staatsstreichs zu stellen. Dieser wollte allerdings persönlich damit nichts zu tun haben. Stattdessen verlangte er von Portela, das Kriegerrecht auszurufen, bevor die revolutionären Massen die Straßen füllten. Über seine Niederlage verbittert, startete Gil Robles völlig überraschend heuchlerische Angriffe gegen die Reichen, die seinen Wahlkampf unterstützt und finanziert hatten. Er warf ihnen vor, mit dem von ihnen betriebenen Lohnabbau »selbstmörderischen Egoismus« bewiesen zu haben.

Generalstabschef Franco sandte einen Boten an den Generaldirektor der Guardia Civil, General Pozas, und forderte ihn auf, sich »an den Entscheidungen« zu beteiligen, »die zur Verteidigung von Ordnung und Wohlergehen Spaniens getroffen werden müssen.«¹⁸ Franco suchte auch Portela Valladares zu überzeugen, die Macht nicht an die Volksfront zu übergeben. Er bot ihm die Unterstützung der Armee an. Hier zog Franco eindeutig zum ersten Mal das Eingreifen der Streitkräfte in Betracht. Dabei berücksichtigte er auch die Bedeutung von Guardia Civil und Guardia de Asalto.

Da Franco nicht daran glaubte, dass ein Militärputsch erfolgreich sein könnte, suchte er den scheidenden Regierungschef Portela am 19. Februar noch einmal auf. Er erklärte ihm, wenn er zulasse, dass das Land kommunistisch werde, übernehme er eine schwere Verantwortung vor der Geschichte. Portela, der sich in die Enge getrieben fühlte (er »wirkte wie ein Geist«, schrieb Azaña, »nicht wie ein Regierungschef«), gab Francos moralischem Erpressungsversuch aber nicht nach.¹⁹ Er trat noch am selben Tag zurück. Nun hatte der Präsident der Republik, Alcalá Zamora, keine andere Wahl, als Manuel Azaña, der ihm gar nicht zusagte, mit der Regierungsbildung zu beauftragen. Azaña stellte ein Kabinett aus Mitgliedern seiner eigenen Partei und der Republikanischen Union zusammen. Er hatte nicht vor, auch nur einen einzigen Sozialisten mit einem Regierungsamt zu betrauen. Auch Largo Caballero war gegen die Beteiligung der PSOE an der neuen Regierung. Dadurch wollte er Prieto daran hindern, ein Bündnis zwischen den Sozialdemokraten und den linken Republikanern zu schaffen.

Trotz der gemäßigten Basis des neuen Kabinetts reagierten die Rechten, als hätten die Bolschewisten bereits die Macht übernommen. Sie waren davon aufgeschreckt, wie viele Menschen auf die Straßen strömten, um den Sieg zu feiern, und dass sie sogleich zu den Gefängnissen zogen, um Häftlinge zu befreien, bevor eine Amnestie verkündet war. Die Kirche warnte, die Feinde des Katholizismus würden »unter dem Einfluss und der Führung der jüdisch-freimaurerischen Weltverschwörung den Krieg erklären, um uns endgültig zu vernichten.«²⁰ Die Rechte kam zu dem Schluss, wenn sie ihre Vorstellung von Spanien retten wollte, dann war der parlamentarische Weg dafür nicht länger gangbar, hatten doch ihre Gegner von der Linken bereits bewiesen, dass sie bereit waren, das Recht zu ignorieren.

Am 20. Februar trat Azañas Ministerrat zum ersten Mal zusammen, nachdem der Ministerpräsident über den Rundfunk eine Rede an die Nation gehalten hatte. Dort sprach er von Gerechtigkeit, Freiheit und der Gültigkeit der Verfassung. Mit Zustimmung des Parlaments wollte er »ein großes

Werk des nationalen Wiederaufbaus zum Schutz von Arbeit und Produktion in Gang setzen, öffentliche Arbeiten fördern, das Problem der Arbeitslosigkeit und all die anderen Punkte in Angriff nehmen, die das Bündnis der republikanischen und proletarischen Parteien motiviert haben, das jetzt zur Macht gelangt ist.«²¹

Unter den vielen Problemen, denen sich Azañas Regierung gegenüber sah, war nach den Gefängnisrevolten von Burgos, Cartagena und Valencia die Verkündung einer Amnestie. Die Regierung konnte damit nicht warten, bis die Cortes zusammentraten. Am 23. Februar setzte Azaña die Regionalregierung Kataloniens wieder ein, ebenso die sozialistischen Räte, die nach dem Oktoberaufstand in ganz Spanien suspendiert worden waren. Zugleich ging der Regierungschef daran, die Armeespitze zu reorganisieren. Schlüsselposten wurden an republiktreue Generäle vergeben und jene, bei denen man Putschpläne vermutete, wurden in entlegene Regionen versetzt.

Die Regierung sorgte dafür, dass das Institut für die Landreform seine Tätigkeit wieder aufnahm. Landwirtschaftsminister Mariano Ruiz Funes überwachte persönlich deren Fortgang in Andalusien und Extremadura. Lluís Companys, der Präsident der *Generalitat* von Katalonien, verließ das Gefängnis von Puerto de Santa Maria und wurde in Barcelona von einer gewaltigen Menschenmenge empfangen, als er das katalanische Parlament wiedereröffnete. Am 16. März kündigte Azaña an, die Beschlagnahmung von Grund und Boden der Angehörigen des Adels, die sich an dem Aufstand Sanjurjos beteiligt hatten, werde wieder aufgenommen. Zugleich sollten alle, die wegen der Teilnahme am Oktoberaufstand ihre Arbeit verloren hatten, wieder eingestellt werden.

Die wirtschaftliche Lage war nicht gut. Die Privatinvestitionen, die seit 1931 ständig gesunken waren, fielen 1936 auf das Niveau von 1913. Es war kein Wunder, dass angesichts des Programms dieser Regierung noch mehr Kapital aus dem Land abfloss. Juan March, der Multimillionär von Mallorca, Hauptaktionär des Unternehmens Transmediterránea und der Erdölgesellschaft Porto Pi, der mit Tabaksmuggel ein riesiges Vermögen gemacht hatte, floh aus Spanien, um seiner Verhaftung zu entgehen. Im Ausland begann er auf den Währungsmärkten gegen die Peseta zu spekulieren. Er stellte aus seiner eigenen Tasche zehn Prozent der 20 Millionen Pesetas zur Verfügung, die die republikfeindliche Gruppe unter Führung des Conde de los Andes zusammenbrachte.²²

Viel gravierender als Marchs finanzielle Machenschaften waren die wirtschaftlichen Folgen des Wahlsieges der Linken. Arbeiter stellten hohe Lohn-

forderungen, die weit über das hinausgingen, was das jeweilige Unternehmen oder die Bauernwirtschaft zahlen konnten. Die Streiks häuften sich, die Arbeitslosigkeit stieg, und der Wert der Peseta an den internationalen Börsen stürzte förmlich ab. Das eigentliche Problem von Azañas Mitte-Links-Regierung lag darin, dass sie mit der harten Linken, den *caballeristas*, einen faustischen Pakt geschlossen hatte. Die verglich sie mit der Regierung Kerenski im Russland von 1917, und die Rechte teilte diese Sicht. Die liberale Regierung musste erkennen, dass sie keinen Einfluss auf ihre Verbündeten aus dem Wahlkampf hatte, die einen revolutionären Kurs einschlugen. Sie konnte die eigenen Gefolgsleute nicht dazu bewegen, sich an das Recht zu halten. Luis Araquistáin, Chefredakteur von *Claridad* und Sprecher der bolschewistischen Strömung in der Sozialistischen Partei und der Gewerkschaft UGT, hatte bereits im Wahlkampf argumentiert, wie Russland 1917 sei Spanien reif für die Revolution. Er hatte Warnungen des früheren Führers der UGT, Julián Besteiros, in den Wind geschlagen, solche revolutionären Schritte wie Betriebsbesetzungen versetzten die Mittelschichten in Angst und Schrecken und ruinierten die Wirtschaft.

Jede linke Partei begann nun ihre eigenen Milizen aufzustellen. Die der Kommunisten waren die diszipliniertesten und kampfstärksten. Eine beispiellose Zahl von Menschen trug ständig Waffen, um sich vor Angriffen zu schützen. Der allgemeine Eindruck, Recht und Ordnung stünden kurz vor dem Zusammenbruch, spielte der undemokratischen Rechten stark in die Hände. Beide politischen Flügel beschuldigten sich gegenseitig, die öffentliche Ordnung zu zerstören. Die Rechte behauptete, die Demokratie funktioniere nicht mehr, und das Parlament sei sinnlos geworden. Damen der mittleren und oberen Klassen beschimpften Offiziere auf offener Straße als Feiglinge, weil sie es nicht wagten, die Regierung zu stürzen.

Im rechten Lager mühte sich vor allem die Falange, Unruhe zu stiften und einen Militärputsch zu provozieren. Sie hatte ganz verschiedene Finanzquellen. 10 000 Pesetas monatlich erhielt sie von Renovación Española, weitere Beiträge von der Banco de Vizcaya, danach von Juan March. Mussolini ließ ihr über die italienische Botschaft in Paris 50 000 Pesetas monatlich zukommen.²³ Die Nazis hatten allerdings wenig Zutrauen zu dieser kleinen Gruppe und lehnten deren Bitte ab, ihnen eine Million Mark Unterstützung zukommen zu lassen. Die Falange brauchte das Geld, denn sie wuchs sehr rasch. Der Zustrom kam vor allem von der Jugendbewegung der *Acción Popular*. Im Frühjahr 1936 traten 15 000 Mitglieder zur Falange über, wodurch deren Stärke auf 30 000 anstieg und sich damit faktisch verdoppelte.²⁴

Die Falange Española, die Spanische Phalanx, wurde am 29. Oktober 1933 im Komödientheater von Madrid gegründet. Ihr Initiator war José Antonio Primo de Rivera, der älteste Sohn des Diktators, ein junger, gut aussehender Anwalt mit großem Charisma. Er zog ein buntes Gemisch faschistischer Intellektueller an, aber auch Studenten, insbesondere *señoritos*, junge Herren aus reichen Familien und aus den unteren Mittelschichten, die sich von den sozialen Veränderungen bedroht fühlten. Auch ehemalige Mitglieder der Patriotischen Union von Riveras Vater, frustrierte Monarchisten und Konservative, die der Wahlsieg der Linken erschreckt hatte, schlossen sich der Partei an.

Der Falangismus unterschied sich von Nazismus und Faschismus dadurch, dass er in seinem Wesen zutiefst konservativ war. Mussolini benutzte in seinen Reden die Symbole und das imperiale Gehabe des alten Rom vor allem aus propagandistischen Gründen. Die Falange dagegen bediente sich moderner revolutionärer Phrasen, während sie in ihrem Inneren zutiefst reaktionär blieb. Der Kern der von ihr verkündeten *Hispanidad*, des spanischen Wesens, war die Kirche. Der neue Staat wollte »seine Inspiration aus dem Geist der in Spanien traditionellen katholischen Religion beziehen«. Ihre Symbole waren die von Ferdinand und Isabella – der Bogen des autoritären Staates und die Pfeile, um die Heiden zu vernichten. Sie entlehnten nicht nur die Symbole, sondern suchten auch den Geist Kastiliens wiederzubeleben. Der ideale Falangist sollte Mönch und Soldat zugleich sein.

Die Bewegung litt allerdings an einer Art gespaltenem Bewusstsein, weil sie sich auf nationalistische und sozialistische Werte berief. So attackierte José Antonio »den sozialen Bankrott des Kapitalismus« und beklagte die Lebensbedingungen von Arbeitern und Bauern. Den Marxismus als Ideologie fand er jedoch abstoßend, weil er nicht spanisch war und der Klassenkampf die Nation schwächte. Das Land sollte in einem System geeint werden, in dem der Arbeitgeber den Arbeitnehmer nicht ausbeuten konnte. José Antonio versuchte sogar, allerdings vergeblich, sich zunächst dem Sozialisten Prieto und später gar der CNT anzunähern. Als Nächstes machte er Franco auf Oswald Spenglers Bemerkung aufmerksam, letzten Endes sei die Zivilisation stets von einem Zug Soldaten gerettet worden. Aber eine Zivilisation, die von Soldaten gerettet werden muss, ist eine perfekte Welt, wie sie sich die Konservativen vorstellen, und damit weit entfernt von den Vorstellungen revolutionärer Nationalsozialisten.

Die Falange war ständig auf der Suche nach Waffen für ihre Straßenkämpfe. José Antonio setzte zu diesem Zweck einen Plan in Gang, der aus

einem Hollywood-Thriller hätte stammen können: Luis Bolín, der Londoner Korrespondent der monarchistischen Zeitung *ABC*, traf sich mit einem prominenten Engländer, der anonym bleiben wollte, auf ein geheimes Erkennungszeichen hin im Hotel Claridge's. Sie vereinbarten, dass große Mengen von Maschinenpistolen in Champagnerkisten verpackt und in einer Privatjacht von Deutschland nach Spanien transportiert werden sollten. Die Waffen waren zwar nicht rechtzeitig zur Stelle, aber bald darauf arrangierte Bolín in London eine viel größere Lieferung.

Die Falange besaß bereits Waffen aus anderen Quellen. Am 10. März verübte ein falangistischer Kommandotrupp unter Alberto Ortega einen Mordanschlag auf den sozialistischen Abgeordneten Professor Luis Jiménez de Asúa. Statt seiner töteten sie jedoch die Polizeieskorte. Vier Tage später versuchten Falangisten, Largo Caballero zu ermorden. Am selben Tag, dem 14. März, traf José Antonio mit Franco im Haus von dessen Schwager Ramón Serrano Suñer zusammen, um über ein gemeinsames Vorgehen zu beraten. Am 15. März wurde die Falange wegen des Anschlags auf Largo Caballero von der Regierung verboten. José Antonio kam wegen illegalen Waffenbesitzes hinter Gitter. Es ist schwer, dessen berühmten Charme mit der Brutalität seiner Anhänger und dem Rassismus seiner intellektuellen Gefolgsleute in Einklang zu bringen, den diese bei vornehmen Empfängen im Hotel Paris ganz offen äußerten. Er kann aber auf keinen Fall von Verantwortung freigesprochen werden, denn seine Reden waren eindeutige Hetze, obwohl Gewalt für den kultivierten Andalusier eher ein abstrakter Begriff blieb.

Da die autoritäre Rechte nun allen Versuchen eine Absage erteilt hatte, das Parlament nach wie vor für die Rettung des traditionellen Spanien zu nutzen, mussten andere Aktionen vorbereitet werden. Die Karlisten hatten bereits begonnen, in den Pyrenäen ihre *Requeté*-Miliz zu bewaffnen und auszubilden, deren Erkennungszeichen seit den Karlistenkriegen des 19. Jahrhunderts das hellrote Barett war.

Die Karlistenbewegung war erzkonservativ. Ihre offizielle Bezeichnung war »Traditionalistische Gemeinschaft«. Häufig ist sie als eine Art Jesuitentum für Laien beschrieben worden. Ihre Anhänger glaubten fest daran, dass eine »jüdisch-marxistisch-freimaurerische« Verschwörung seit dem Sieg der Volksfront daran arbeitete, aus Spanien eine Kolonie der Sowjetunion zu machen.²⁵ Nach Ansicht der Karlisten und der Kirchenoberen war der Liberalismus die Quelle allen Übels in der Moderne. Sie träumten davon, eine katholische Autokratie in populistischer Form aufzubauen. Die Karlisten

waren vor allem in den Pyrenäen stark, obwohl sie auch in einigen anderen Regionen, zum Beispiel in Andalusien, Anhänger hatten. Von ihren früheren Sympathien für regionalistische Bestrebungen war nichts übrig geblieben. Diese waren darauf zurückzuführen gewesen, dass sie aus dem ehemaligen Königreich Navarra stammten und für ihre Kriege im 19. Jahrhundert die Unterstützung von Basken und Katalanen gebraucht hatten. 1936 war ihnen deren Nationalismus längst suspekt geworden.

Einige Offiziere der Karlisten wurden mit Mussolinis Unterstützung in Italien ausgebildet. Ihre Führungsfiguren Fal Conde und der Conde de Rodezno hingegen organisierten Waffenkäufe von Deutschland. Die Stärke der *Requetés*-Milizen ist schwer zu schätzen. Aber Anfang 1936 zählten sie allein in Navarra über 8000 Mann. Für ganz Spanien geht man von etwa 30 000 Mann aus. Einer ihrer Geldgeber, José Luis Oriol, organisierte eine Schiffsladung aus Belgien, mit der 6000 Gewehre, 150 schwere Maschinengewehre, 300 leichte Maschinengewehre, fünf Millionen Schuss Munition und 10 000 Handgranaten in Spanien eintrafen.²⁶

Im Frühjahr 1936 gründeten Prinz Javier de Bourbon-Parma und Fal Conde in Saint-Jean-de-Luz, jenseits der Grenze in Frankreich, den Obersten Militärerrat der Karlisten. Er bestand aus früheren Offizieren und ging daran, im Komplott mit der *Unión Militar Española*, einem Geheimbund rechtsgerichteter Armeeeoffiziere, mit Alfonsinischen Monarchisten und der Falange einen Aufstand zu planen. Ihr Kontaktmann war Oberst José Varela (später einer von Francos wichtigsten Feldkommandeuren), der bereits zuvor die karlistischen *Requetés*-Milizen in den Pyrenäen ausgebildet hatte. Bislang waren Azañas Regierung in Madrid nur sehr vage Gerüchte über derartige Aktivitäten zu Ohren gekommen.

5. Kapitel

Das verhängnisvolle Paradox

Die politische Unruhe im Frühjahr 1936 erzeugte eine Unsicherheit, die Industrie und Finanzwesen lahm legte. Der Import ging zurück, aber der Export von Spaniens wichtigsten Gütern – Orangen, Mandeln, Wein und Öl – war noch stärker betroffen.¹ Dass die Zahlungsbilanz des Landes von der landwirtschaftlichen Produktion abhängig war, während die Landreform eines der umstrittensten Themen darstellte, machte die Sache nicht besser. Die Grundbesitzer, die bei weltweit sinkenden Preisen und einer fast vier Monate andauernden Regenflut in West- und Südspanien um ihre Gewinne bangten, waren zugleich damit konfrontiert, dass verzweifelte und stark benachteiligte Landarbeiter einen höheren Lebensstandard forderten. Die Rechnung für die soziale, technologische und politische Stagnation von Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten wurde im ungünstigsten Augenblick präsentiert.

Das Institut für die Landreform nahm seine Aufgabe der Ansiedlung von Bauern wieder auf, so gut es konnte. Es kam aber nur langsam voran, weil die Grundeigentümer Rechtsmittel einlegten. Das empörte die Bauern, die nach dem Sieg der Volksfront bei der Wahl im Februar glaubten, sie könnten jetzt Bedingungen diktieren. Außerdem wollten sie Rache nehmen für die Entlassungen und Lohnkürzungen der vergangenen beiden Jahre, für das Triumphgehebe vieler Großgrundbesitzer während der Zeit, da Mitte-Rechts an der Macht gewesen war.

In den ersten zwei Wochen des März begannen landlose Tagelöhner in den Provinzen Madrid, Toledo und Salamanca Landgüter zu besetzen. Dann eigneten sich im Morgengrauen des 25. März 60 000 landlose Bauern in der Provinz Badajoz Grund und Boden an und begannen ihn zu bearbeiten. In den folgenden Wochen kam es in den Provinzen Cáceres, Jaén, Sevilla und Córdoba zu ähnlichen Aktionen. Eingedenk der Erfahrungen von Casas Viejas waren die Sicherheitskräfte verunsichert, was jedoch kaum etwas an der Lage änderte. Bei einer Auseinandersetzung mit Bauern in

